

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Verlag: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Der Kaiser in Risch.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Die englische Flotte im englischen Licht.

Don [Nachdruck verboten.]
L. Persius, Kapitän zur See a. D.

D Risch, 18. Januar.

Balkankriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Dieser Specialleitung. (W. Z. B.)

Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)
 In Risch, der alten Hauptstadt Serbiens, fand heute Mittag eine Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Zar Ferdinand statt. Der bulgarische Herrscher, der bereits in den Morgenstunden aus Sofia zum Empfang Risch eingetroffen war, erwartete seinen kaiserlichen Gast der prächtig geschmückten Bahnhofshalle. Eine Ehrenpompagne hatte auf dem Bahnhof Aufstellung genommen. Als die beiden Monarchen sich herzlich begrüßten, schritt der Kaiser die Front der Ehrenpompagne ab. Dabei unterhielt er sich mehrfach mit Offizieren und Mannschaften. Durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt fuhren die Herrscher in Automobilen zur Zitadelle der alten Festung Risch. An verschiedenen Stellen wurden bulgarische Regimenter, sowie eine Bedeckungskompagnie des Oberkommandos Madensens dort aufgestellt. In Begleitung der Generäle v. Falkenhayn, v. Madensens, General

v. Seekt und anderer befristeten Kaiser und Zar die Truppen, unter denen eine mazedonische Freiwilligenkompagnie besonderes Interesse erregte. Kaiser Wilhelm überreichte dem Zaren Ferdinand den Feldmarschallstab, worauf die Ernennung des Kaisers zum Chef des 12. bulgarischen Infanterieregiments erfolgte. Mit einem Vorbeimarsch der aufgestellten Truppen schloß die Feier in der Zitadelle. In der Begleitung des Kaisers befanden sich General v. Falkenhayn, Generalstabschef v. Madensens, die Generaladjutanten v. Pfeifen, v. Ruder, v. Gellius, Admiral v. Müller und Oberhofmarschall v. Kellbach; außerdem waren General v. Seekt und Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg anwesend. Zar Ferdinand war vom Kronprinzen Boris und dem Prinzen Khril, dem Generaladjutanten Markow, den Generalen Sobjakow, Zodorow und Tantsilow, dem Generalgouverneur Autincicow, dem Ministerpräsidenten Radoffawow und dem Minister Tschaprawschikow begleitet.

Anfang des Monats brachten die Londoner Blätter Berichte über die Tätigkeit der britischen Flotte im verflochtenen Jahr. Daß das Lob der Flotte vernehmlich verkündet wurde, kann unser Erkennen nicht erregen. Objektive Urteilskraft schmilgt unter der verwirrenden Bestrahlung der an vielen Orten noch kräftig vertretenen Kriegspublizistik u. a. m. obgleich gerade in ruhigeren Beurteilung dessen anzufragen braucht, eigentlich ruhigere Beurteilung wärlten sollte. Eine Besprechung des verflochtenen Jahres, die, wenn sie auch nicht völlig einwandfrei ist, so doch immerhin recht besonnen klingt, stammt aus der Feder Archibald Gurd in „Daily Telegraph“. Es ist nützlich, zu erfahren, wie sich in dem Kopf dieses bekannten Marinefachmanns das Bild der Tätigkeit der britischen Flotte abspiegelt. Einleitend sagt Gurd: „Concentration and initiative.“ in diesen beiden Worten liegt das Geheimnis unseres Erfolges. Vom August 1914, d. h. vom Beginn des Krieges an bedeutete das Auftreten unserer Flotte für den Feind eine große Heberaichung. Unsere Flotte übernahm die Offensive und schrieb so die Strategie vor. Demgegenüber ist zu bemerken, daß die englischen Streiftritte erst am 27. August offen zu vorkamen — Geseht bei Helgoland — während deutsche Kreuzer sofort in den ersten Tagen des August Angriffe auf allen drei Kampfschauplätzen ausführten. Am 2. August beschloß die „Augsburg“ Bismarck, am 4. beschloß „Göben“ und „Breslau“ Bone und Wittippenile an der nordafrikanischen Küste, und am 8. August warf die „Königin Luise“ Minen vor der Rheinmündung aus, auf deren eine die britische Kreuzer „Amphion“ und slog in die Luft. 27. August 1914, nie in der Nähe der deutschen Küsten sehen, während deutsche verschiedene Vorposten in die Nordsee, hinüber bis zu den englischen Küsten unternahmen, so am 16. Dezember 1914 bei der Beschichtung von Harcourt und am 18. November bei der von Hartlepool usw. Ununterbrochen ergriffen unsere Unterseeboote die Offensive, in den englischen Gewässern sowohl wie im Mittelmeer. Die einzige Offensive größeren Stils, die von der britischen Flotte unternommen wurde, setzte vor den Dardanellen ein. Ihr vorläufiger Mißerfolg befriedigt. Somit betätigten sich bereinigt nur noch die englischen Unterseeboote in der Ostsee, und zwar ziemlich wirkungslos, wie von der englischen Presse selbst zugestanden wurde. Genügen diese Tatsachen nicht, um zu beweisen, daß gerechtemeist „Initiative“ der deutschen Flotte in höherem Maße zugebilligt werden muß als der britischen? Ist es ein Zeichen von Initiative, wenn man sich dauernd defensiv verhält? Hat der englische Marinefachmann die Worte seines Admirals, des Lord Beesford vergessen: „Es mügen gute Gründe bestehen dafür, daß die englische Flotte jetzt dauernd defensiv bleibt, aber man braucht deswegen nicht zu glauben, daß die Defensiv richtig ist. Sie war in der Vergangenheit niemals richtig.“

Zalaat Bei über die deutsch-türkischen Zukunftsbeziehungen.

„Freier Wettbewerb auf europäischer Grundlage.“ — „Einheitliche Regelung des Schul- und Zollwesens.“ — Salonik.

Telegramm unseres Sonderberichterstatters

Emil Ludwig.

Konstantinopel, 18. Januar.

Bei einem kurzen Aufenthalt in Konstantinopel schloß ich heute den Minister Zalaat Bei, der noch immer das politische Haupt jenes Triumvirates beherrscht werden muß, das seit dem Anbruch der Türkenherrschaft. Wieder fand ich hier an seinem Scheitelpunkt den Mann, der in höchst unorientalischer Weise die schärfste Antwort zu präzisieren weiß, sondern er gleichzeitig unterhandelt, unterbreitet und teilt. Ich sah ihn heute in der glänzendsten und feierlichsten Form, also wie der größte westeuropäische Weltgeist drei Dinge tut. Auf seine Frage bezieht sich ihm, ich in Berlin differente Anschauungen über unsere gemeinsame Zukunft gefunden hätte, und freue mich, mit dem Vorzeichen des leidenden türkischen Herrschers zur Klärung dieser Meinungsverschiedenheiten reden zu können.

„Die fragen,“ sagte Zalaat Bei, „nach den Konzeptionen, die Sie erwarten können. Das ist ein heikles Wort, sehr wir, und ich persönlich, die deutsche Kultur schätzen, Sie. Sie sehen ein Zeugnis dafür in der ständig verteilten Zahl deutscher Hilfs- und Lehrkräfte, die wir in Ministerien und Anstalten ziehen. Alle Kapitulanten“, sagte der Minister weiter, „sind ausgeschlossen. Wir haben wir die syrischen und emyrenabahn, die Franzosen hatten, erworben.“

„Was soll,“ fragte ich, „mit jenen Bergwerken, Eisen, und Kohlensteinen, die bisher die Feinde in Irak und Syrien innehalten, künftig genutzt werden?“

„Wir eröffnen,“ sagte der Minister, „freien Wettbewerb auf allgemeiner europäischer Grundlage.“

„Und die Reichsbekämpfung im Zoll?“ fragte ich und die Behauptung deutscher Schulien?“

„Wir haben,“ erwiderte der Minister nochmals, „den Wert der deutschen Bildung und der deutschen Industrie erkannt und suchen beides zu nähern, aber auch die Schulfragen werden einheitlich geregelt.“

„Sind es ja schon durch das neue Schulgesetz, das ausländischen Schulen unter unsere gleiche Aufsicht stellt.“

„Die fragen mit etwas skeptischem Gesichte nach der Bedeutung unseres Bundes,“ sagte der Minister dann, „Sie

werden danken, wie unsere Quellen sich vermehren und verstärken werden.“

Die Rede kam dann auf Salonik, wo Zalaat lange Jahre tätig war. „Ja,“ sagte er, „wir haben dort große Interessen; denn nicht nur 20 000 Türken, auch 80 000 Juden sind dort unsere Partei.“

„Sehen Sie nun,“ fragte ich, „die geistliche Situation seit der gestrigen Meldung von der Besetzung des Piräus, die bisher wohl nicht erfolgt ist, skeptisch an (wenn sich die Meldung bestätigt)?“

„Sehr skeptisch,“ erwiderte er, „ich fürchte seit gestern alles, aber in Summa: Was kann entscheidend durch Griechenland seitritt zur Emence geändert werden?“

London, 17. Januar. (W. Z. B.)

Unterhaus. Chamberlain sagte auf verschiedene Fragen, die britischen Truppen in Mesopotamien ständen noch unter dem Befehl des Generals Hignon bis zur bald erwarteten Ankunft des Generals Gort. Die jüngsten Operationen einschließlich des Vormarsches auf Bagdad seien von dem Kriegsrat beraten und genehmigt worden. Es läge aber nicht im öffentlichen Interesse, über die Ziele der gegenwärtigen Operationen Mitteilungen zu machen, die für den Feind wertvoller sein würden, als für das Parlament.

Die Lage in Griechenland.

Das angebliche Ultimatum des Viererbandes.

Gestern wurde gemeldet, daß der Viererband ein Ultimatum an die griechische Regierung gerichtet und die sofortige Abreise des deutschen und des österreichisch-ungarischen Gesandten aus Athen gefordert habe. Diese Meldung ist unrichtig, keiner der hiesigen unterrichteten Stellen ist irgend etwas von einem Ultimatum bekannt geworden. Da die telegraphische Verbindung, entgegen den von einigen Seiten gleichfalls irrtümlich verbreiteten, anderslautenden Mitteilungen, zwischen Athen und Berlin keineswegs unterbrochen ist, so müßte man hier einen so wichtigen Vorgang wie die Ueberreichung eines Ultimatus bereits kennen. Ueber die angebliche Sandung französischer Truppen liegen gleichfalls keine neuen Meldungen vor, und an der Nachricht dürfte, wie wir gleich bei ihrem Eintreffen gesagt haben, nur das eine zutreffend gewesen sein, daß französische Kreuzer vor Salonik erschienen sind.

Protest Griechenlands wegen der Zerstörung der Eisenbahnbrücke bei Demirhisar.

Amsterdam, 19. Januar.

Einem hiesigen Blatt zufolge meldet der „Times“-Korrespondent aus Athen, daß die griechische Regierung wegen der Zerstörung der Eisenbahnbrücke bei Demirhisar, wodurch die Entsendung von Vorräten nach Thessalonien ernstlich erschwert werden würde, einen förmlichen Protest an die Entente gerichtet hat.

Das „defensive“ Verhalten der britischen Flotte brachte uns die Ueberraschung, uns nicht allein, auch der ganzen Welt! Insofern ist es zutreffend, wenn Gurd von einer „Heberaichung“ spricht. Aber, wie man erkennt, hatte er fälschlich eine Ueberladung anderer Art im Auge! Denn, daß die britische Flotte, kraft ihrer ziffermäßigen Ueberlegenheit, der deutschen Flotte in gewissem Sinne ihren Willen aufzwingen könnte, stand von vornherein bei jedem Einsichtigen fest. Ueberladend war nur, daß von dieser ziffermäßigen Ueberlegenheit so geringer Gebrauch gemacht wurde. Gurd schreibt: „Tatsache ist, daß die englische Flotte während der verflochtenen Monate die Meere beherrschte, während die deutsche Hochseeflotte sich auf einen Raum beschränkt sah, dem ein Amerikaner kaum den Namen „Leich“ zuerkennen würde.“ Man darf darauf antworten: Tatsache ist, daß die englische Flotte in allen ihren Bewegungen zum Zweck der Seeherrschaft durch die deutschen Unterseeboote unmittelbar und durch die in voller Stärke noch vorhandene deutsche Schachflotte mittelbar bedroht ist. Gurd geticht das auch an anderer Stelle zu mit den Worten: „every day and every night some section of the british navy is in peril.“ (Jeden Tag und jede Nacht sind Teile unserer Flotte in Gefahr.) Die nämlich, die sich außerhalb der schützenden Häfen wagen! Die genannten Faktoren — deutsche Unterseeboote und Schachflotte — „in being“ — wirken hemmend auf alle Bewegungen der englischen Flotte, und nur ein Raie würde es fertig bringen, den Einfluß dieser Faktoren auch auf die militärische Kriegsführung am Lande zu unterbrechen. Die englische Flotte hat ihre Hauptaufgabe, die deutsche Flotte zu vernichten, nicht erfüllt, und eine der Folgen ist hieron zum Beispiel auf wirtschaftlichem Gebiet, daß das berühmte Wort „business as usual“ ein Wort wurde, an das heute jeder Engländer nur noch mit a ußerstem Mißbehagen denkt. Gurd sagt: „Dreihundert vierhundert Meilen von unserer Küste liegt die deutsche Flotte, stets auf die Chance zum Angriff wartend, bereit. Sie

ist ein mächtiges Kriegsinstrument. Wie würden unseren Offizieren und Leuten eine Ungerechtigkeit zuzufügen, wollten wir das Ausland und den Charakter der Waffen, die Deutschland für sich beschaffen hat, herabsetzen. Der, welcher Deutschlands Flotte verächtlich macht, verkleinert den Erfolg unserer Flotte. Mit der deutschen Flotte ist nicht zu spaßen. Wir sind weit davon entfernt, diese Anerkennung nicht nachgemacht einzuschätzen, das heißt zu dem Behuf ausgesprochen zu erkennen, um den Ruhm der britischen Flotte zu erhöhen. Aber es scheint angebracht, darauf hinzuweisen, daß manche Leute bei uns, solche, die ihre Gedanken weit hinter der Front spazieren führen, noch immer nicht gelernt haben, Verurteilung zu lassen, statt den klaren Blick durch Vorurteile hindurch zu lassen. Und übergeht die Wirkung der deutschen Unterseebootbetätigung und die der deutschen Schlachtflotte „in being“. Kann er leugnen, daß, wenn die deutsche Flotte nicht mehr vorhanden wäre, der englische Import nicht weniger Anstrengung aufrechterhalten werden könnte? Die finanzielle Lage würde erheblich besser sein. Der jetzt stets zu beorgende Angriff deutscher Streitkräfte verursacht finanzielle Kosten, und sie wachsen von Monat zu Monat. Gurd räumt einmal beiläufig die Erfolge unserer Unterseeboote im Mittelmeer, bezüglich der Zerstörung von Kaufschiffen, ein. „Of importance“, von Wichtigkeit, seien sie gewesen. Aber sonst schweigt er sich über das Thema aus!

Gurd verbreitet sich, um die Strategie der Zurückhaltung der britischen Flotte zu rechtfertigen, eingehend über den großartigen Verteidigungsgürtel — Küstenforts, Minen usw. — hinter dem die deutsche Hochseeflotte liegt und die Entwicklung der Dinge abwartet. Er sagt: „Die deutsche Flotte befindet sich gleichsam in einer belagerten Festung. Gewiss, sie existiert noch. Hat deswegen die britische Flotte ihre Aufgabe nicht erfüllt? Und er fährt fort: „Es würde interessant sein, wenn ein wirklich aufrechter, unabhängiger, deutsch oder französischer seine Ansicht über die heutige Lage äußern könnte. Man wird allerdings darauf verzichten müssen; aber es ist erfreulich, daß ein Urteil aus früherer Zeit vorhanden ist, das das Wort Stenel zur See Stenel“ Gurd weist dann auf das Wort Stenel hin: „Seefriede“, welche in ihren wichtigsten Abschnitten. Dem oberflächlichen Leser mag Gurd's Hinweis auf die von Stenel angeführten „Aufgaben“ der britischen Flotte in einem Krieg unvorstellbar erscheinen. Sie sind: „Die britischen Küsten frei von jedem Schaden zu halten, die Handelsfahrtschiffe auf allen Meeren und die Fischerei (!) zu beschützen, alle Kolonien und ihre Verbindung mit dem Mutterland zu sichern, und als Offenbarung: Die feindliche Flotte zu schlagen und, wenn irgend möglich, gänzlich zu vernichten, die feindlichen Küsten zu beschädigen usw.“ Wenn Gurd diese Sätze seinen Landsleuten gedankenlos unterbreitet, so will er — wenigstens macht es den Eindruck — als der wirklich aufrechte, unabhängige „Engländer“ gelten, der seine Ansicht über die Lage ohne Rücksicht ausdrückt. Wohl betont er ausdrücklich in den anschließenden Ausführungen, daß die britische Flotte den größten Teil der ihr von Stenel zugewiesenen Aufgaben erfüllt hat, aber jeder Sachkundige wird zwischen dem Schein zu sehen verstehen, daß auch Gurd, wenn entfernt, eine reifliche Erfüllung anerkennen, mancherlei auszuweisen hat. Die Hauptaufgabe der britischen Flotte bleibt die Vernichtung der feindlichen Flotte. „Sie kann nicht erfüllt werden“, schreibt Gurd, „weil die feindliche Flotte sich nicht stellt.“ — Die aufschreiende Antwort hätte zu lauten: „Dann muß sie eben dazu gezwungen werden.“ Ob im übrigen ein übergroßer Zwang nötig ist, bleibt dahingestellt. Nur müßte sich die englische Flotte „stellen!“ — Sie würde es tun, wenn ihr das Übermaß von Offenbarkeit inne wohnt, von dem Gurd so oft spricht. Nicht, daß es dem britischen Marinepersonal an Tapferkeit fehlt. Aber der Geist mangelt, der dem richtigen Weg weist. Das Genie eines Nelson sucht man heute vergeblich in den Reihen der britischen Marine. Ebenso, wie in der Diplomatie bisher nur Mittelmäßigkeiten in die Erscheinung traten, so war es bei der Flotte bestellt.

Gurd besungen feineswegs ganz, wie angebaut, den aufstrebenden Kritiker. Er sagt: „Es bleibt nach dem Krieg

zu untersuchen, warum die deutsche Flotte nicht in die Schranken gefordert wurde, warum nicht die Schiffe, die Docks und die Küstenbefestigungen zerstört wurden? Es muß eingestanden werden, daß durch Unterlassung aller solcher Versuche das Selbstvertrauen der Deutschen groß gelitten wurde.“ — Aber trotz dieser gelegentlichen Geständnisse, daß die britische Flotte ihre Aufgaben nicht erfüllt, schimmert doch immer wieder die Ansicht durch, daß es in der englischen Marine in jeder Beziehung am besten bestellt sei, das niemand auf den Plan treten könne, der einen stärkeren Vorwurf erhebt, und der mehr verlangen dürfe, als die Flotte geleistet habe. Wir wollen keineswegs in den Fehler verfallen, den Gegner herabzusetzen. Wir wissen, daß das englische Marinepersonal erstklassig ist. Aber mancherlei, nennen wir es „Mißgeschick“, war ihm beschieden. Archibald Gurd sei erinnert an seine eigenen Worte. Er schrieb im „Daily Telegraph“ am 6. Februar 1915: „Off Coronell, when ill-luck or bad management gave the enemy an advantage...“ — des englischen Admirals — dem Feind einen Vorteil gab.“ — Was nicht „ill-luck or bad management“ als Beweis aber recht viele Unternehmungen der britischen Flotte in den verflochtenen sieben Monaten geleistet werden? Was nicht ungelobten siebzehn Monaten geleistet werden? Was nicht in den letzten Wochen „Nation“ schrieb: „Die Erfolge der Flotte sind unbeschreiblich. Ihre Leistung ist negativ.“

Wir verstehen uns nicht, das „Mißgeschick“ und schlechte Führung“ Einzelerscheinungen sind, und wir rechnen damit, daß „Initiative“, wenn sie auch in der verflochtenen sieben Monaten nicht von der britischen Flotte gezeigt wurde, in der Zukunft zum Ausdruck kommen kann. Trotzdem bleibt unser Vertrauen in die Schlagfertigkeit unserer Flotte bestehen. Sie erfüllt ihre Hauptaufgabe, unsere Küsten gegen den Feind zu schützen. Sie, so hoffen wir aufrichtig, wird es auch fernherhin tun.

Die Wehrpflichtbill und die Flotte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Rotterdam, 19. Januar.
Das englische Interhaus berät jetzt in dritter Lesung über die Wehrpflichtbill. Gestern wurde ein Änderungsantrag erörtert, nach dem unter das Gesetz auch die nach dem 15. August 1915 18 Jahre alt Gewordenen einbezogen sein, weil dies das Datum der nationalen Registrierung ist. Minister Kong erklärte im Namen Kitchener, daß der Kriegsminister gegen das Amendement Bedenken habe. Kitchener erwartete, daß das Gesetz möglichst in der Form, wie es eingebracht wurde, angenommen werde. Dies würde ihm eine hinreichende Anzahl von Männern geben, um den Sieg durchzusetzen. Der Antrag wurde daraufhin abgelehnt.

Die Regierung nahm ein Amendement zum Wehrpflichtgesetz an, in dem der Admiralität der Vorrang bei der Einberufung zugewandt wird. McLanerna teilte mit, daß 20.000 Männer mehr für die Flotte zur Verfügung stellen, als die Admiralität annehmen befehl ist. Es müsse eine Ergänzung zum Budget geschaffen werden, durch die die Maximalzahl auf 350.000 erhöht werde.

Ministerpräsident Briand in London.

London, 19. Januar. (Reuter.)
Ministerpräsident Briand ist gestern in London eingetroffen. Die „Times“ melden aus Paris, daß die Minister der Alliierten heute in London eine Zusammenkunft hatten.

Ministerrat in Rom.

Die Unzufriedenheit mit der Regierung.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Lugano, 19. Januar.

Im gestrigen Ministerrat in Rom wurde die innere Lage besprochen, aber die nach den Anhebungen in der Presse im Ministerium einige Rejozans hervorgehen soll. Salandra verweigerte alle Besuchen durch die große Volkshaus, daß er und der Kolonialminister Martini sich morgen nach Florenz begeben werden.

Kum geht es mühsamlich und sehr manierlich in diesem Saale zu, der Jahrzehnte lang von dem Gebrüll einer gierig ineinander verwühlten Menge erdröhnte. Nach einander treten die Leute heran, Arme und Beine, drücken vor den Augen der Beamten ihre Dokumente, ihr Eigenschick, ihre Lebensumstände aus und bestehen die Prüfung, der sich nun jeder Staatsbürger unterwerfen muß. Ist man denn endlich so weit, das man wieder draußen, die Freitreppe zur Ringstraße niedersteigen kann, und hält man dabei das braune Heftchen in seiner Hand, dann ruhmte man sich zu den Glücklichen, die an der Börse geworden haben.

Zwischen 2 Uhr nachmittags und 7 Uhr abends pflegten die Wiener in den Kaffeehäusern ihren Kaffee zu trinken. Das ist freilich keine wünschenswerte Eigenschaft gewesen, aber die behagliche Gestalt zu schätzen, hat doch von Wien aus ihren Weg genommen, und als anderswo. Seit wenig Tagen gibt es aber zwischen 2 Uhr nachmittags und 7 Uhr abends keinen Kaffee mehr. Man kann um diese Zeit natürlich ins Kaffeehaus gehen wie sonst. Was ist das aber für ein feinen Mißgeschick bekannt? Nun, es ist genau so wie früher. Die Leute sitzen da, wie immer, trinken Tee und sind zufrieden. Eine der merkwürdigen und erfreulichen Nebenwirkungen in diesem Krieg bleibt auf alle künsterlichen Genossenschaften, von denen man glaubte, sie seien unentbehrlich, verzichtet haben. Sie nehmen die Vorteile mit derselben heiteren Gelassenheit hin, wie die fleischlichen Tage, und versagen sich jetzt mit dem besten Humor in den Verzicht auf den Jaufenkaffee.

Alles das sind ja wirklich nur Kleinigkeiten, aber es ist nett, daß sie auch als Kleinigkeiten bekannt werden. Ohne Demonstrationen, dieser Dinge willen bemüht. Man nimmt das Wort Patriotismus wird um danach ein und spricht nicht darüber. Bei diesem Anlaß darf wohl während des ganzen Krieges bemerkt werden, die Wiener sind überhaupt klüger geworden, als ewig unzufrieden, als leichtsinnig, und es mag freilich. Das Sonderbare und Erstaunliche aber ist es, daß dieselben Wiener in der Zeit einer großen Schiffahrtskrise eine Haltung wundertwert und, nebelnd, erproben ist. Diese Menschen, die bei Tagen des schwersten Hungers niemals die Fassung nicht lassen und in der höchsten Freude den tiefen Ernst der Gegenwart vergessen. Man ist hier keinen Augenblick verzweifelt, aber auch nie be-

werden, um eine Meße größerer und kleinerer Reden und Ansprachen zu halten. Insbesondere werde die Rede Martinis, wie die letzten Reden Orlando's und Borzialis, die Lage völlig klären und die letzten Italiens Stellung zum Weltkrieg ausgiebiges Licht verbreiten.

Bern, 19. Januar.
Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Rom: Ministerpräsident Salandra hat gestern vormittag im Palazzo Braschi fast gleichzeitig mit dem Minister des Auswärtigen Sonnino, dem Kriegsminister Juppelli und dem Kolonialminister Martini längere Besprechungen über die diplomatische und die militärische Lage und über die Situation des Ministeriums gegenüber neuen Kritikern der Reformsozialisten, der radikal Nationalisten und der internationalistischen Komites gehabt, in deren Sinne sich auch einige Wähler geäußert hatten. Später hat Salandra sich in die Villa Alda zum König begeben.

Der französische Heeresbericht.

(Telegramm.)
Paris, 19. Januar. (W. Z. B.)
Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag: Im Laufe der Nacht ausgehender Geschützampf an verschiedenen Stellen der Front. Es ist kein bedeutendes Ereignis zu melden.
Amtlicher Bericht von gestern abend: Zwischen Oise und Aisne gestanden unsere Batterien feindliche Schützengräben in der Gegend von Maulin, Sours, Tournay. In der Champagne und dem Nord die richtige unsere Batterien ihre Tätigkeit gegen verschiedene leicht angeführte Stellen der feindlichen Front. In den Befolgen bei M. G. wurde eine feindliche Batterie durch das Feuer unserer Geschütze stark beschädigt. Von der übrigen Front nichts zu melden.
Eigeltlicher Bericht: Die Tätigkeit der Artillerie war heute nur gering. Wir beschoßen den Ort Dugny.

Das englische Hauptquartier meldet: Gestern vernichteten wir bei Fricourt eine große Anzahl feindlicher Besatzungen durch Sprengen einer Mine. Der Feind erlitt beträchtliche Verluste durch die Explosion und durch Geschütze.

Öffentliche Prügelung von Deutschen in Neu-Guinea.

Die deutsche Regierung fordert Genugtuung.

(Amtlich. Berlin, 19. Januar.)
Die von den australischen Militärbehörden Ende 1914 angeordnete öffentliche Prügelung von Deutschen in Deutsch-Neu-Guinea ist in der Tagespresse oft erörtert worden, ohne daß bisher eine amtliche Äußerung zur Sache erfolgt wäre. Wie wir erfahren, hat die australische Regierung seinerzeit erklärt, sie habe die Handlungswiese des Administrators mißbilligt und Anweisung gegeben, daß unter keinen Umständen förmliche Prügelung angewandt werden dürfe. Auch die britische Regierung äußert sich dahin, das Vorgehen des Administrators in Rabaul sei „inverrät“, gewesen, und er habe deswegen eine dienstliche Warnung erhalten.
Inzwischen hat die Kaiserliche Regierung, nachdem die Einzelheiten des Vorganges im Laufe des verflochtenen Jahres zu ihrer Kenntnis gekommen waren, bei der britischen Regierung vollständige Genugtuung, insbesondere hinsichtlich der Bestrafung der für die beispiellose Brutalität verantwortlichen Beamten verlangt. Die Verhandlungen in Rabaul sind noch, wobei die weite Entfernung Australiens eine Rolle spielt. Nach ihrem Abschluß darf eine amtliche Veröffentlichung über den Gegenstand erwartet werden.

Belanntlich muß alle nach Deutschland eingeführte ausländische Butter nach den neuesten Verordnungen der Zentralstelle für die öffentliche Gesundheit in Berlin abgibt werden. Diese Bestimmungen erfordern sich auch, wie wenig bekannt ist, auf Sendungen in Postpaketen an Privat. Seitens des preussischen Finanzministeriums sind jetzt sämtliche Grenzpostämter angewiesen worden, den Durchgang solcher Butterlieferungen der Berliner Zentralstelle anzuzeigen, die darauf, falls die Abfertigung nicht bereits freiwillig erfolgt ist, sich an die Empfänger mit einer solchen Aufforderung wendet.

raucht vor Jubel gewesen. Ohne daß die Zeitungen auch nur eine Zeile zu schreiben brauchten, hat man sich jeglicher Schmäderung ausfülliges Gremore dieser Art, Applaus bei offener Szene zu erwidern, sich keine Hand. Natürlich redet man von Krieg, wo alle Menschen bestimmen sind, allein Gebräde über Weh, Butter, Milch und ähnliche Dinge dringlichsten ist es fast gar nicht. Wollte jemand in Gesellschaft oder sonstwo freilich erklären: wir müssen durchhalten... er würde dem gleichen lächeln Schweigen begegnen, wie ein selbsthätiger Schauspieler. Denn das Durchhalten ist selbstverständlich, es wird einfach geschäft. Aber man sieht es nicht, daß darüber mit Pathos geredet wird. Erfüllt ein Mensch seine Pflicht, dann ist man hier genötigt, ihn — ohne Verwunderung — zu achten. Sowie er aber anfängt, zu bestammern: ich erfülle meine Pflicht... macht er sich lächerlich.

Eine Wiener Eigenschaft hat sich übrigens auch während des Krieges nicht verändert. Sie stellen ihr Licht noch immer geblendet hinter der Schieffe und nennen das: Discretion. Deshalb wurde hier versucht, an diesem Licht ein ganz Klein wenig zu zünden.

Entsinnen Sie sich noch des Hauptmanns Grundorf? Vor drei, vier Jahren etwa erschien ein Buch, das ich für ein nachgelassenes Werk hielt, reichhaltig Generalstabes. Wie weit, wie sehr weit reichen diese Erinnerungen zurück! Der österreichische Generalstabsoffizier Prinzgen Friedrich Carl genant, hat den alten Wangel und den schwermütigen Hader auf die offene Nordsee wogte, um den Admiral Zetthoff eine Meldung zu bringen. Sie war sehr wichtig, diese Nachricht, denn sie gab Zetthoff die Handhabe zur freigelegten See.

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist fetter geworden, Grundorf wieder eingekleidet. Ein wenig allösterreichisch sieht er aus mit seinem langweiligen, grauen Bockbart, dem rötlichen Kinn und den hellblauen, munteren Augen. Er erinnert an die Raubmörder und an die Räuber, der ja ein Zeitgenosse Ihres Kärgers gewesen ist und wie dieser eine ganze Galerie von Widnissen hinterlassen hat. Triff man nicht den Major Grundorf irgendwo, ohne ihn zu übersehen, schlanke Herrn seine schönachtigste Jahre an. Zu der Zeit der Jüngling. Heute ist er wohl in den verbündeten Armeen einer der Kleinsten, wenn nicht gar der Restor.

Kleinigkeiten aus Wien.

Von Felix Salten. (Nachdruck verboten.)

Früher bin ich in meinem ganzen Leben nicht dort gewesen, jetzt aber geht es so und zu doch einmal... an die Börse. So gelangt man heute zu allerlei Dingen, die einem sonst nicht im Traum eingefallen wären. Da konnte ich zum Beispiel einen stillen, bescheidenen Bankbeamten: so sichtlich, er war der jüngste Bankbeamte von der Welt. Der ist nun seit sechzehn Monaten ein Held geworden, und während er mitgeholfen hat, den Börsen zu stützen, ging ich an die Börse, die mir all meine Tage so fremd gewesen ist wie jenem sanften Jüngling der Heidenlöwe.

Den roten Zigarettenkasten auf dem Schottentisch habe ich immer mit mehr Respekt als Wohlgefallen betrachtet, aber nie gewagt, wie er inwendig beschaffen ist. Jetzt gehe ich schon ziemlich vertraut die Freitreppe hinauf, ich habe schon die meistetätige Persönlichkeit, und wenn meine Phantasie in allen Gedankengebieten nicht längst schon zu einfach bürgerlicher Beschränkung eingekerkert wäre, so müßte ich mir einbilden, daß ich der Rothschild bin.

Was für Empfindungen aber mögen einen wirklichen Finanzmann beschleiden, wenn er den großen Saal betritt, der früher von der Erregung der steigenden und fallenden Kurse durchleuchtet war und der jetzt so still ist! An den Schreibtischen, an denen sonst die hochgebenden Disponenten der großen Bankanstalten ihre Millionengeschäfte besorgten, sitzen jetzt Polizeibeamte. Die Verwirrungen, die man sich vorstellen kann, sind heute wichtiger als Aktien, denn es sind Geburtschmerzen, Heimgangs und ähnliche Dokumente, ohne die man keinen Tag kriegen kann. Hier aber werden jetzt Rasse ausgestellt. Die Reifezeit und der geschäftliche Reifeverkehr sind im zweiten Kriegswinter ganz außerordentlich gestiegen. Dazu kommt, daß nun auch fast alle Flüchtlinge getroffen wieder heimkehren dürfen. Es wurde denn der Raum, der drüben, auf der anderen Seite des Schottentisches, im Polizeipräsidium zur Verfügung steht, für den riesigen Andrang zu eng und nun hat man hier ein zweites Parlament errichtet. Hier ist Raum in Überflut, hier ist Bequemlichkeit, die ein rösches Arbeiten ermöglicht. Man hört sich's doch, daß man gleich in den ersten Kriegswinter die Börse geschlossen hat. Ein junger Finanzmann hatte damals diesen Gedanken, vor dem anfangs alle Zuschauer erschrocken. Die Börse schloß... das war eine Sache, die man für unausführbar hielt.

Wahrscheinlich waren sie doch alle zusammen mit dieser Maßregel zufrieden, die übrigen Wörtern folgten dem Wiener Beispiel und heute nach mehr als sechzehn Monaten ist man schon ganz und gar daran gewöhnt, daß es keine Börse mehr gibt. hätte man sich einen Zustand vor anderthalb Jahren vorzustellen, man wäre ausgelegt

Der starke Mann.

Eine Zuschrift.

Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns: Die Reichstagsdebatte über den „Baralong“-Fall hat eine vollkommene Harmonie zwischen Regierung und Opposition gezeigt. In der Beurteilung der scheinbar letzten, die England zu abgeben sich weigert, herrscht Einstimmigkeit. Eine Zustimmung war man auch der Ansicht, daß die praktische Ausführung der angelegentlichsten Eühne sich der parlamentarischen Diskussion entzöge.

In einem bekannten streng konservativen Organ findet man nun mit einigen Erläuterungen die Auffassung, die Teilnehmer der Reichstagsdebatte, also Regierung und Abgeordnete, seien der Aufgabe, die sich hier für sie ergab, garrnirt gemachsen. Die Abgeordneten wären sich über den Sinn der „Baralong“-Debatte, über das, was in und zwischen den Zeilen stand, nicht im klaren. Sie verfielen nicht über eine genügende Kenntnis der völkerechtlichen Fragen, Gebräuche und Verhältnisse. Sie wären nicht in der Lage, in Fragen der militärischen Zweckmäßigkeit — im Rahmen der völkerechtlichen Fragen und Verhältnisse — eine solche Höhe und Klarheit der Auffassung zu zeigen, wie es notwendig gewesen wäre.

Dies Urteil ist nicht. Aber der Reichstag hat sich, die konservative Partei einbringend, bei der Debatte gar nicht auf die Punkte begeben, auf denen ihm, nach Ansicht des Kritikers, die Kenntnisse fehlen. Wozu sollte er auch? Der Rathschlag des Verfassers liegt klar zu Tage. Die Forderung nach Eühne erhebt die Frage nicht unähnlich, bezieht uns das konservativste Mitglied der Reichstagsdebatte, wie andere von Engländern in diesem Kriege begangene Schandthaten benennen, kein allein stehender Fall. Er sei ein normaler Mißbrauch der angelsächsischen Seele. England trachte darnach, mit allen Mitteln und Waffen, mit den schönsten Gefühlen und Phrasen Deutschland militärisch, politisch und wirtschaftlich zum Krüppel zu schlagen. Viele Deutsche aber ließen sich durch die Phrasen betäuben oder wünschsten bewußt, durch „Verständigung“ wieder an die „westliche Kultur“ heranzutreten. Die Verleugung des „Baralong“-Falles würde daher nur ein Oberflächengeheißel bedeuten, das sich bald unter dem Einfluß jener Freunde der westlichen Kultur wieder glätten würde.

Wir müssen gestehen, daß wir von einem Kritiker, der so ab sprechend über die heiligen Heiligkeiten des Reichstages urteilt, etwas mehr erwartet hätten, als diese die Dredigt des Reichstages. Bislang hat seine turnhohe Weisheit in der Kenntnis der völkerechtlichen Fragen, Gebräuche, Verhältnisse, der militärischen Zweckmäßigkeit? Befundet sich darin die Höhe und Klarheit der Auffassung, die er beim Reichstage vertritt? Der Engländer ist unser gefährlichster Feind. Darum kämpfen auch unsere Selbsterwecker gegen seinen andern mit größerer Erbitterung. Um diese Kampflust bei ihnen wie bei der militärischen und politischen Leitung wachzuerhalten, dazu bedarf es wohllich seiner Euhärenzen.

Aber der Mann, der mit dem Reichstag so unzufrieden ist, beschränkt sich nicht nur auf negative Kritik, er macht auch positive Vorschläge, wie den Mängel abzuhelfen ist, die er bei der „Baralong“-Debatte so scharfsinnig aufgedeckt hat: Wir sollen einen rücksichtslosen Entscheidungskampf gegen Großbritannien führen, ohne nach rechts oder links zu sehen. So wird Deutschland das tue, so könne es das auch.

Das hat Deutschland, soweit bekannt ist, bisher schon nach besten Kräften und auch nicht ganz ohne Erfolg getan. Diese ewigen Anstrengungen scheinen aber dem sachverständigen Kritiker offenbar nicht zu genügen. So muß man annehmen, daß er die Lösung dieses schwierigsten Problems bereits an einem Reaktionsstadium gefunden hat. Ist das aber der Fall, dann ist es ein Verbrechen am Vaterlande, wenn er nicht aus nur eine Stunde dem Generalstab und der Marine vorzählt, was er den Stein der Weisen aber nicht, dann würden seine Darlegungen sicherlich an Interesse und Wirkung gewinnen, wenn sie weniger im Tone der Unlösbarkeit gehalten wären. Nebenfalls enthalten sie, natürlich ungenügend, eine scharfe Kritik der Meinung unseres Heeres und besonders unserer Flotte. Diese Kritik, im Verein mit dem oben erwähnten Urteil über die Reichstagsverhandlungen, ist nicht geeignet, das Vertrauen des Volkes zu unseren Führern und den

Wissen zum strengen Durchhalten zu stärken. Wohl aber ist sie geeignet, bei den Feinden den falschen Glauben zu mehren, wir seien gespalten und unsere Widerstandskraft erlahme.

Die „Baralong“-Kundgebung.

Pariser Pressstimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Pariser Blätter, die dem „Baralong“-Fall Kommentar abgeben, erklären, die vom Reichstag befundene Entschuldigung sei ein Schandstück, eine Heuchelei, womit Deutschland die Welt über die eigene Kriegführung zu täuschen versuche. „Journal des Debats“ erklärt, Deutschlands Vergeltungsmaßregeln brauche England nicht zu fürchten. Die Deutschen hätten nicht die „Baralong“-Affäre abgemauert, um alle Mittel gegen die Alliierten anzuwenden. Ihr gegenwärtiger Zorn könne nicht mehr verschimmern. „L'Echo“ beirätet die Alliierten, die amerikanischen Zeugen, deren Aussagen wertlos seien, solange sie nicht durch die Feststellung des Kapitäns der „Riojan“ bestätigt seien. Selbst wenn der Besatz des englischen Kapitäns, seine Gefangenen zu machen, auf Wahrheit beruhe, übertrifft er die Vergehen gegen die deutschen Matrosen vorgezogen werden. Der Mißbrauch ohnmächtigen Zorns im Reichstag ist auf die Alliierten Englands zurückzuführen, die Blockade gegen Deutschland noch zu verschärfen.

Gewerkschaften und Reichvereinsgesetz.

Zu der gestern vom Ministerialdirektor Sewald im Reichstag abgegebenen Erklärung, daß eine gesetzliche Festlegung erfolgen solle, wonach die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine zu betrachten sind, erklärt der „Vorwärts“ nach:

Diese Zusage ist bereits vor einigen Wochen gegeben worden, sie galt aber als streng vertraulich. Das Reichvereinsgesetz wird dahin abgeändert, daß die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine erklärt werden können. Die Alliierten, die Vorklage schon in der jetzt verfallenen Sitzung des Reichstages zur Verhandlung zu bringen, ist lediglich dadurch verhindert worden, daß der Deputierte, Ministerialdirektor Sewald, erkrankt war, weshalb die Vorklage nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden konnte. Sie wird dem Reichstag im März zugehen; die Regierung hat aber daran die Bedingung geknüpft, daß weitergehende Beschlüsse nicht gefaßt werden.

Kleine politische Nachrichten.

Der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses hat sich jetzt neu gebildet. Er besteht aus 28 Mitgliedern und zwar aus neun Konservativen, drei Freikonserwativen, vier Nationalliberalen, drei Vertretern der fortschrittlichen Volkspartei, sieben Zentrumsabgeordneten, einem Polen und einem Sozialdemokraten. Die Konservativen haben einen Sitz an die fortschrittliche Volkspartei, die Freikonserwativen einen Sitz an die Sozialdemokraten abgetreten. Die nationalliberalen Vertreter in diesem Haushaltsausschuß sind: Dr. v. Campe, Dr. Friedberg, Girsch, Essen und Beckermann. Die fortschrittliche Volkspartei wird durch die folgenden Abgeordneten: Dr. Pachatz, Lippmann und Dr. Wiemer vertreten.

Durch ein neues Kirchengesetz, das jetzt dem preussischen Herrenhaus zugegangen ist, wird bestimmt, daß auch die Universitätskirchen, der jetzt eine evangelisch-theologische Fakultät zugezählt ist, in der Generalsynode der evangelischen Landeskirche vertreten sein soll.

Im preussischen Abgeordnetenhaus verlangt ein Zentrumsantrag die Erhöhung der Weizen für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen um 100 000 Mark.

Die Landtagswahl in Guben-Sorau-Forst findet am 7. März eine etwaige Stichwahl am 17. März statt.

Für den verstorbenen Oberbürgermeister von Meiningen, Landtagsabgeordneter Scheller, ist Rechtsanwalt Dr. Gätzlich, Meiningen in den Landtag gewählt worden.

Justizrat Senger in Nordhausen ist gestorben. Senger war Führer der Nationalliberalen Nordhausens und vor einer Reihe von Jahren Reichstagsabgeordneter.

Die polnische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat zum Vorsitzenden den Abgeordneten Dr. Wigerstki gewählt.

Donner des schweren Geschüßes, das die Theorie nun ausführt. Sie führt den armen Jungen gränzlich auf. Der Bericht enthält unter Verletzung des Berufs- und des Ansehensgeheimnisses die Geschichte der Ehescheidung und des eigenen Verhältnisses. Aber auch dieser Lage zeigt sich die Praxis gewachsen. Sie redt sich in Dämmerung. Und um Haarsbreite nur stehen wir vor der Gefahr, den Loren zum Kröchel werden zu sehen. Wir würden nicht völlig von unserem Zweifel befreit werden, siele nicht die Handlung just in die Zeit des Kriegsausbruchs. Die vaterländischen Lieder, die in der Ferne erklingen, schlagen den Konflikt nieder. Der Lor und der Wellmann (der sich inzwischen mit der Schwester verlobt hat), reichen sich die Hand: Kamerad!

Dieser Schluß wirkt leider ernüchternd. Es gab eine Zeit, da der Nationalismus alles entschuldigte. Sie ist vergangen, weil heute das Vaterlandsgeschick etwas Selbstverständliches ist. Wir haben Ehen im Geistlichen gelernt. Die sehr zahlreichen gedruckten am Schluß werden sein, der wollen Beifall am Deutschen Schauspielhaus kennt, kühnen; der Enderfolg war ein Erfolg der Lösung. Man war der Einleitung geneigt. Gewiß, Gebhardt war mehr Lor als Dichter. Aber Heinrich Lang, der die Theorie gab, zeigte alle Vorzüge der Schule Bergers, der das Wellmannsische bis an die Fingerspitzen beherrschte. Und Paula Sillen als Bededame kann gerade das, was die Rolle von ihr verlangt, so daß man vor Natur zu stehen meint. Auch alles um und an der Vorstellung hatte Mar Grube übergenügt inzuzetern, übergenügend freilich und idealischer die letzten Akte, als im zweiten, dem der schmerzende Zauber der Reichshauptstadt vor dem Kriege schlie. Dennoch kein Sieg. Man hätte die letzte und schärfste Einmischung des ersten und auch des zweiten Aktes gern weiter geführt gesehen. Sie war glaubhaft. Der Faust und gar der Schwertschlag verblühte. Wohl mit Recht: wir wissen heut mehr als je, was Faust- und Schwertschlag ist.

H. W. Fischer.

In Nürnberg und in Königsberg war der Eindruck der Aufführung von Fuldas „Lebenshüter“ nach den telegraphischen Meldungen unserer Korrespondenten ähnlich. Das Publikum bewies auch hier Ludwig Fuldä durch freundlichen Beifall die Achtung, die seinem Namen gebührt.

Theaterkritik. Eingetretener Gindernisse wegen findet am Sonntag im Königlichen Opernhaus statt der angekündigten Vorstellung „Die lustigen Weiber von Windsor“ eine Aufführung von „Hänsel und Gretel“ und „Die Puppenfee“ statt. Die im Vorverkauf bereits verkauften Eintrittskarten für die 20. Abonnementvorstellung behalten ihre Gültigkeit. Nächste Fintz gastiert im Deutschen Opernhaus am Donnerstag als „Martha“, am Samstag und am Dienstag der

Belgier gegen Belgier.

Das Gefangenenlager in Soltau.

Zwei angesehenen Belgier, Baron de Thysebaert, Offiziersmitglied, Jambes (Namur), und Dr. Palmagne-Ramur, halten die Gefangenenlager, ihre Kriegsgefangenen Verwandten im Lager von Soltau zu belächeln. Sie beschließen dabei das Lager genau und erstatteten nach ihrer eigenen Angabe einen durchaus spontanen, freiwilligen Bericht über die dortigen Verhältnisse, den sie zur Berichtigung aller Angehörigen belgischer Kriegsgefangenen veröffentlichten zu sollen glaubten.

Dieser Bericht ist in einer Reihe von belgischen Blättern erschienen, so im „L'Ordre“ am 28. und 29. Dezember und in „Het Vlaamische Nieuws“ am 30. Dezember. Aus diesen findet sie auch in die auswärtige Presse übergegangen. Bei einem geringfügigen Wünschen war darin die Lage der Gefangenen, ihr geradezu glänzender Gesundheitszustand, die Unterzucht, die Behandlung und die Verpflegung sehr günstig dargestellt und in fast jeder gedruckter Weise gewürdigt. Hieran hat die belgische Flugschriftspresse bitter Anstoß genommen. Das in Gdard erscheinende, von der belgischen Regierung gegründete „Belgisch Dagblad“ vom 14. Januar bringt einen entrüsteten Gegenartikel, in dem es sagt: Dazu hätten die beiden „Augenbinder der Belgier“ nicht nach der Lüneburger Heide zu reisen brauchen, um „mit Genehmigung der deutschen Barbaren“ solche ungebührliche Dinge zu berichten. Das wisse man denn doch besser, wie es den Gefangenen in Deutschland tatsächlich gese. Die beiden Berichterstatter hätten sie es mit oder ohne Absicht, eine able Tadel vollbracht. Erstens hätten sie den Aufhängen und Brandstifter ihres Landes als Menschen hingestellt — was er nicht ist — (2), zweitens einen Raitwieserstreich auf die Hülfsbereitschaft der Belgier gemacht, die nun glauben würden, die Gefangenen brauchen nicht mehr. Am Tage der Vergeltung würden sowohl die Thysebaert wie Dr. Palmagne vor das Gericht des Volkes stehen werden.

Deutscher kann wohl nicht geahndet werden, daß die offiziellen belgischen Kreise es für anständig und patriotisch halten, lieber zu lügen, als die für Deutschland und die Deutschen günstige Wahrheit anzuerkennen. Auch wenn sie von eigenen, angesehenen Landknechten kommt. Mit Drohungen sollen solche unbecommene Zungen mundtot gemacht werden. Nicht darauf wird viel mehr das Schlagwort „Régime de la terreur“, das sie so gern gegen die deutsche Verwaltung in Belgien schleudern?

Die „Perlia“ nicht von einem deutschen U-Boot versenkt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 19. Januar. Aus Washington wird berichtet: Der amerikanische Botschafter Gerard meldet, daß Deutschland alle Kapitän der deutschen U-Boote des Mittelmeeres zur Ausfahrt über die „Perlia“ aufgefordert hat. Alle Streitkräfte, für die Versenkung der „Perlia“ verantwortlich zu sein.

Deutsche Kriegsgefangene in Nordafrika.

Algier, Tunis, Marokko.

Auf Anregung der deutschen Heeresverwaltung wurde in den letzten Dezembertagen eine Kommission von sechs Schweizer Delegierten, darunter drei Ärzte, zur Besichtigung der Gefangenenlager in französischen Nordafrika entsandt. Sie hat Viehschuppen, Medikamente und eine größere Geldsumme zur Verteilung in den Lagern mitgenommen.

Jede der drei Besichtigungen, Algier, Tunis und Marokko, wird von einem Delegierten und einem Arzt sehr eingehend berichtet werden. Die Mitglieder der Kommission haben ausgebreitete Vorkenntnisse. Sie können unter anderem die Lager und Arbeitsstellen jederzeit ohne vorherige Anmeldung besuchen, ohne Ohrenzeugen mit den Gefangenen sprechen und ihre Wünsche und Klagen entgegennehmen.

So ist zu hoffen, daß die Tätigkeit der Kommission wesentlich zur weiteren Besserung der Verhältnisse in den nordafrikanischen Lagern beitragen wird.

nächsten Woche als Frau Fluth in den Lustigen Weibern von Windsor. In der heutigen Lannhäuser-Vorführung singt Elisabeth Böhm von Gndert die Partie der Elisabeth. Paul Hansen den Lannhäuser, Jacques Bill den Wolfram, Felicitas Gallama die Venus, Egidie Döpp den Girtel.

Emil Milan las gestern Abend im Chorale-Saal Björnson („Der Vater“), Selma Lagerlöf („Ein Gerüsttag“) und von Jens Peter Jacobsen „Frau Föhn“ und die Improvisation „Hier sollten Rosen lehn“. Milan liefen viele Stunden in ja gemeinsam, daß nicht eine trügliche vorwärtstretende Stimmung in ihnen lebt, sondern daß Bedrücknisse des Herzens und Qualen der Seele zergliedert wurden. Der Regisseur hat also eine besonders schwere Aufgabe. Für die geliebten Zuschauer gestern Abend war es ein Genuß, im Dome der Kunst Milan zu sehen, die dieser Schwermetalle meisterhaft Herr wurde. Wenn der Künstler spricht, stehen die Gestalten, von denen er erzählt, lebhaft vor den Augen des Publikums. Man leidet mit ihnen.

Rammentlich die kleine Erzählung Frau Föhn von Jens Peter Jacobsen mit dem ergreifenden Schlußwort wurde mit aller Macht der Tragik vorgetragen und hinterließ eine große Wirkung. Ein glücklicher Gedanke Milans war es, nach einer Pause ein kleines Gedicht Jacobsens anzuschließen, in dem ganz zart und fast geistvoll der Atem der großen Liebe äulert.

Der Eindruck war tief und der Beifall groß.

In der Philharmonie ist am 27. Januar, abends 8 Uhr, im Konzert, bei dem außer Vola Vrót die Rabilla, Ella Durieux, Billi Dehmann, Axel Gleming und Friedrich Rappler noch der dreizehnjährige ungarische Pianist Erwin Rhyegghagi seine Mitwirkung zugesagt hat. Er ist ein Schüler von Theodor Reichardt und Max Fiedler und hat bereits bei seinem ersten Erscheinen durch seine reifen Leistungen die Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Städtische Bilderausstellung der Künstlerinnen. Bürgermeister Reichel hat die Verein der Künstlerinnen und Kunstfreundinnen zu Berlin angefordert, eine Auswahl von Bildern für die Ankäufe der Stadt Berlin anzufordern. Angekauft wurden: „Adersberg“ von Elisabeth Gensentius, „Unter kaltem Boot“ von Margarete Gensentius, „Dorfkirche am Wasser“ von Clara Werner, „Binnenflüßchen“ von Elisabeth Neremann und Lina Borgmann, „Kandisort von der Insel Höl“ von Emma Krause, „Münchberger Innenturm“ von Emma Rose, „Biedermeierzimmer“ von Ema Galleur, „Die Nibel-Ritze in Eberbau“ von Dora Salmer. Die beiden letztgenannten Werke sind Reproduktionen. Die Stadt Minnersdorf kaufte ein Werk von Helene v. Arnim, „Herbstmorgen im Park in Charlottenburg“, an.

Der Wortlaut der englischen Wehrpflichtvorlage.

Im folgenden geben wir eine wörtliche Uebersetzung der englischen Wehrpflichtvorlage:

„Eine Gesetzesvorlage, um Vorkehrungen zu treffen für den Militärdienst im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Krieg.“

Durch das Abstimmen mit ausgesprochenen Majestäten, durch die Beratung und Zustimmung der geistlichen und weltlichen Lords und der Gemeinen, im gegenwärtigen Parlament verhandelt, und durch die Autorität derselben soll folgendes ausgeführt werden:

Dienstpflicht der Unverheirateten.

I. 1. Jeder männliche britische Untertan, der am 15. August 1915: a) in Großbritannien wohnte und b) das Alter von 18 Jahren erreicht und noch nicht das Alter von 41 Jahren erreicht hatte und c) unverheiratet oder kinderlos war, soll — wenn er nicht zu den Ausnahmen gehört, die im ersten Anhang zu diesem Gesetze angegeben sind — als einer gelten, der an jenem Datum in Seiner Majestät reguläre Armee eingetreten ist, für den allgemeinen Dienst unter der Fahne oder in der Reserve, und der aber sofort der Reserve zugeteilt worden ist.

2. Das Armeegesetz und das Reservegesetz aus den Jahren von 1882 bis 1907 und sämtliche Verordnungen und Regulierungen, die kraft dieser Gesetze erlassen wurden, finden demgemäß Anwendung auf jeden Mann, der als eingezogen und der Reserve zugeteilt ist. In allen Streitfragen, die in einem auf Grund dieses Gesetzes eingeleiteten Gerichtsverfahren darüber entstehen können, oder irgendein Mann als eingezogen und der Reserve zugeteilt ist oder nicht, darf der Gerichtshof von der betreffenden Dame auflösen, als Gesetze zu erscheinen, und wenn er keinen befriedigenden Beweis für das Gegenteil erbringt, so soll er als einer gelten, der eingezogen und der Reserve zugeteilt worden ist.

3. Die auf Grund dieses Gesetzes der Reserve zugeteilten Männer sollen laut Abschnitt XX des Reservegesetzes vom Jahre 1882 befragt werden, ob sie nicht den Stotendienst vorziehen, wenn ein Bedürfnis hierfür vorliegt.

Befreiungsgesetze.

II. 1. Innerhalb der bestimmten Frist darf bei den gemäß dieses Gesetzes errichteten Militärdiensthöfen sowohl von den Eingezogenen selbst wie in deren Namen beantragt werden, ihnen Befreiungsgesetze aus folgenden Gründen auszustellen: a) weil es im nationalen Interesse liegt, daß sie, anstatt eingezogen zu werden, in ihren Zivilberufen weiter tätig sind; b) weil sie die materielle Stütze anderer Personen sind, die durch die Einziehung ihren Lebensunterhalt verlieren werden; c) weil ihr Gesundheitszustand nicht befriedigend ist; d) weil sie mit ihrem Gewissen nicht vereinbar können, in den Kampf zu gehen. Die Militärdiensthöfe dürfen, wenn sie es für richtig befinden, solche Zeugnisse ausstellen.

2. Ebenso hat jedes Regierungsdepartement auf die Befreiungsgesetze aus folgenden Gründen auszustellen: a) nach dem Ermessen mit dem obersten Kriegsrat — Befreiungsgesetze auszustellen für seine Beamten oder für die Angestellten seiner Bureaus und Werkstätten, deren Wirken von nationaler Bedeutung ist, und die in den Bereich der betreffenden Regierungsdepartements fallen. Englischen Streitkräften darüber, ob — in Hinblick auf dieses Gesetz — eine Person oder mehrere Personen als ein Regierungsdepartement zu betrachten sind, so sollen diese Streitkräften dem Finanzministerium zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Entscheidung des Finanzministeriums ist endgültig.

3. Die Befreiungsgesetze können sowohl absolut wie bedingt und zeitweilig sein, je nachdem die Behörden, die sie ausstellen, es für richtig halten. Personen, die aus Gewissensgründen um Befreiung einkommen, werden nur von den Kampfpflichten, aber nicht von anderen Militärflichtigkeiten befreit.

4. Die Militärdiensthöfe werden gemäß der Bestimmungen des zweiten Anhangs zu diesem Gesetz errichtet; gegen den Einspruch der Militärdiensthöfe kann — wie in jenem Anhang vorgelesen ist — Berufung eingelegt werden.

III. 1. Ein Befreiungsgesetz kann zu jeder Zeit von der Behörde, die es ausstellt, entweder auf Antrag des Zeugnisinhabers oder irgendeiner vom obersten Kriegsrat dazu besonders ermächtigten Person, überprüft werden; es kann zurückgezogen oder abgeändert werden, wenn die Behörde der Ansicht ist, daß das Zeugnis — je nach Umständen — zurückgezogen oder abgeändert werden soll.

2. Jeder Besitzer eines solchen Zeugnisses muß es als Pflicht ansehen, sobald die Umstände, die die Gewährung des Zeugnisses herbeiführten, sich verändert haben, der in dem Zeugnis angeführten Behörde zu melden, daß die Umstände sich verändert haben; die Verletzung dieser Verpflichtung wird mit einer 1000 Mark nicht übersteigenden Geldstrafe geahndet.

3. In Fällen, wo ein Befreiungsgesetz durch Zurückziehung oder wegen Nichtbeachtung der Bedingungen, unter welchen das Zeugnis gewährt wurde, oder wegen Ablaufs der Zeit, für welche es gewährt wurde, außer Kraft tritt, muß der Mann, dem das Zeugnis ausgestellt wurde, von dem Tage an, an welchem das Zeugnis außer Kraft tritt, als eingezogen und als den Reserve zugeteilt betrachtet werden, ganz so, als ob ihn kein Zeugnis ausgestellt worden wäre.

4. Wenn irgendeine Person, um ein Befreiungsgesetz zu erhalten, falsche Angaben macht oder die Tatsachen falsch darstellt, macht sie sich strafbar und kann zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten — mit oder ohne Zwangsarbeit — verurteilt werden.

5. In Fällen, wo ein Gesuch um ein Befreiungsgesetz von einem Mann oder in Bezug auf einen Mann eingereicht wurde, wird dieser Mann nicht einberufen werden, bis das Gesuch endgültig erledigt ist.

Kurzer Titel und Zusammenfassung.

IV. Dieses Gesetz kann als das Wehrpflichtgesetz 1915 (Military Service Act, 1915) bezeichnet werden und soll an dem von Seiner Majestät durch Proklamation angezeigten Tage, nicht länger als 14 Tage nach der Annahme des Gesetzes, in Kraft treten.

Erster Anhang.

Ausnahmen.

1. Männer, die sich nur zu Ausbildungszwecken oder anderen besonderen Zwecken in Großbritannien aufhalten; 2. Männer, die den regulären oder Reservetruppen Seiner Majestät oder der Territorialarmee angehören und Auslandsdienste zu gewärtigen haben; 3. Männer, die in der königlichen Flotte und Marine dienen oder die, trotz „u“ nicht in der Flotte oder Marine dienen, vom Marineministerium zur Ausnahme vorgeschlagen sind; 4. Männer, die am Tage der Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes im Auslandsdienst stehen oder anstelle der Geistlichen irgendwelcher religiöser Gemeinschaft sind; 5. Männer, die im Besitz eines dem geltenden Gesetz entsprechenden Befreiungsgesetzes sind, oder die sich in die Reservierungslisten eintragen lassen und seit dem 14. August 1915 zurückgewiesen wurden.

Zweiter Anhang.

Errichtung von Gerichtshöfen.

1. Zur jeden durch das nationale Registrierungsrecht 1915 geschaffenen lokalen Registrierungsbehörde oder für jede zu diesem Zweck von der Registrierungsbehörde eingerichtete Unterabteilung dieses Gesetzes soll ein Militärdiensthof eingerichtet werden, der aus nicht

weniger als fünf und nicht mehr als 25 solcher Personen zusammengeleitet ist, die von beider Behörde dafür als geeignet erachtet worden. 2. In gewissen Gebieten, die Seiner Majestät zu diesem Zweck bestimmt, sollen Prüfungsgerichte geschaffen werden, die aus solchen Personen zusammengesetzt sind, die Seiner Majestät dafür ernannt. 3. Die Militärdiensthöfe können durch Ausschüsse wirken, die ganz oder teilweise aus deren Mitgliedern zusammengesetzt sind und ihnen ernannt sind. 4. Ein Hauptberufungshof soll geschaffen werden, dessen Mitglieder von Seiner Majestät für diesen Zweck ernannt werden. 5. Seiner Majestät kann durch ministerielle Verfügung Bestimmungen über die Wirksamkeit der Militärdiensthöfe, Berufungshöfe und den Hauptberufungshof treffen und soweit diese Bestimmungen sein Verfahren nicht regeln, kann der Militärdiensthof selber sein Verfahren regeln.

Berufung.

1. Jede Person, die durch die Entscheidung eines Militärdiensthofes nicht befriedigt ist, oder jede Person, die im allgemeinen oder im besonderen vom obersten Kriegsrat ermächtigt ist, Berufung gegen die Entscheidung des Militärdiensthofes einzulegen, kann Berufung gegen den Einspruch des Militärdiensthofes beim Berufungshof des Gebietes einlegen. 2. Jede vom Einspruch des Berufungshofes nicht befriedigte Person und jede Person, die im allgemeinen und besonders vom obersten Kriegsrat ermächtigt ist, Berufung gegen den Einspruch dieses Berufungshofes einzulegen, kann sich nach erfolgtem Urteil des Berufungshofes an den Hauptberufungshof wenden.

Die Sturmflut in Holland.

(Von unserem Korrespondenten)

Amsterdam, 16. Januar.

Die jetzt aus allen Teilen des Landes vorliegenden Nachrichten lassen erst die volle Größe des Schadens erkennen, den der entsetzliche Nordweststurm, der in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag im ganzen Nordseegebiet wüthete, angerichtet hat. Seit Menschengezeiten ist Holland nicht von einer solchen Wasserflut heimgesucht worden. Der Durchbruch der Zudeersee hat das ganze dahinterliegende Tiefland überflutet. Eine Fläche von rund 10 000 Hektar ist zum größten Teil ein Opfer der Sturmflut geworden. Wo noch vor wenigen Tagen auf grüner Grasfläche zahllose Kühe weideten, dehnt sich jetzt eine endlose graue Wasserfläche, die von stachen Motorbooten durchfahren wird. Nur die kalten Raumpfählen und die Telegraphenmasten deuten an, daß hier Wege gewesen sind.

Rienand hatte das Unglück vorausgesehen. Der Sturm ist mit erschreckender Richtigkeit heringebrochen. Er hat die Bewohner der Vordergegend im Schlaf überrascht und die Nacht hat vielfach über die Größe der Gefahr hinweggetäuscht. Das ist nicht die Ursache, daß verhältnismäßig viele Menschenleben zu beklagen sind. Wie groß die Zahl der Opfer ist, steht noch nicht fest. Man weiß bis jetzt nur, daß auf der Insel Marken, die am meisten gelitten hat, 16 Menschen ihr Leben verloren haben. Aber es steht leider zu befürchten, daß der Sturm noch weit mehr Opfer fordert hat. Besonders in Amuiden, dem großen Fischhafen, herrschte tiefe Verzweiflung wegen des Schicksals der Befahnen der Fischerfahrzeuge. Bis heute weiß man nur von zwei Fischern, die ein Opfer des Orkans geworden sind.

Die Insel Marken, dieses wunderbare holländische Stimmungsstück, das allen Besuchern Hollands bekannt ist, weil sich hier wie in den benachbarten Volendam der altmodische Volkscharakter am unverfälschtesten erhalten hat, was insbesondere in den originellen Trachten der Bevölkerung zum Ausdruck kommt, ist, wie gesagt, am schwersten betroffen worden. Zur Zeit des stärksten Unwetters war zeitweilig die ganze Insel überflutet und kein Weg und Steg zu sehen. Wie sehr die kleine Insel, die 1900 Einwohner zählt, gelitten hat, geht daraus hervor, daß von allen Schülern nur vier von dem Wetter unversehrt geblieben sind. Jetzt liegen die Wege zum großen Teil wieder trocken, aber die Insel selbst ist in zwei Hälften gespalten, die immer noch durch eine brauende Flut voneinander getrennt werden.

Entsetzliche Wider haben sich abgepielt, als die See anfang, in der dunklen Sturmnacht über die Insel daherkam. Drei Fischer eines Fischers, im Alter von 29, 21 und 14 Jahren, lagen im Bett und schliefen, als die Flut in das Zimmer drang und alle drei erstickte. Ein anderes Haus, das wie die meisten Häuser auf Marken auf Pfählen aufgebaut war, wurde von der Sturmflut hinweggesperrt und auseinandergerissen. Die Familie, Mann, Frau und zwei kleine Kinder, kamen in der Flut um. Das letzte, was man von ihnen noch sah, war, wie die Frau sich verzweiflungsvoll an dem Dachstuhl angeschlossen hielt und um Hilfe rief, die ihr natürlich nicht gehöhrt werden konnte. Die Trümmer des Hauses selber fanden sich Hunderte von Metern von seinem ursprünglichen Platz wieder.

Der pittoreske Volendam, die internationale Malerkolonie, das höher gelegen ist, hat weniger gelitten. Um so schlimmer ist aber die ganze Voldergegend um Amsterdamburg. Hier haben die Bewohner fast alles, was sie besitzen, verloren. Noch in der Nacht begann ein allgemeines, verzerrtes Flächchen der Stadt zu und die ersten Morgenstunden sahen auf den Straßen, die nach Amsterdam führten, Tausende von Männern, Frauen und Kindern, die in aller Eile ihre besten Kofferstücke zusammengepackt hatten und in großen Luchsen mit sich schleppten. Vor allem aber hatten sie sich bemüht, ihren kostbaren Vieh mit sich zu nehmen, ihr Vieh, und durch das Sturmgewühl hindurch klangen melancholisch und einträglich die Glocken der Hunderte von Kühen, die in aller Eile in Sicherheit gebracht wurden. Bereits am Mittag nach der verhängnisvollen Sturmnacht waren im Garten des Zollhauses von Amsterdamburg gegen zwanzigtausend Kühe zusammengebracht, so daß in dem Garten kein Platz mehr war. Und immer noch wurden neue Scharen von Kühen herbeigetrieben, für die eine Unterkunft gesucht werden mußte und eine Gelegenheit zum Trinken und Weiden. Natürlich war es nicht möglich, das ganze Vieh zu retten. Viele Hunderte von Kühen sind umgekommen, ganz abgesehen von den Schweinen, Schafen und Ziegen, die man sämtlich ihrem Schicksal überlassen mußte, ihre Kühe zu retten. Im ganzen sind wohl 10 000 bis 15 000 Stück Vieh nach Amsterdam getrieben worden.

Die Fischerbevölkerung an der Zudeersee hat durch das Unwetter ebenso schwer gelitten, wie die Bauernbevölkerung in der Voldergegend. Die große Fischerflotte im Hafen von Volendam ist so gut wie vernichtet. Der Sturm hat die dicht nebeneinander vielen in Trümmer gegangen und nicht ohne Schaden weggenommen ist. Und nicht nur die Zudeersee ist von dem Unwetter schwer betroffen worden. Auch aus Brongingen, Drente, Rotterdam, Dordrecht, von überallher trafen die Hochpfloten ein. Der Schaden ist unermesslich. Er ist auch nicht annähernd bis jetzt in Zahlen festzustellen.

Und in ganz Holland haben sich in aller Eile Hilfskomitees gebildet, um der plötzlichen großen Not zu steuern zu können.

Letzte Nachrichten

Der Kommandant des L. u. I. Kriegspressequartiers Generalmajor v. Hoen wurde an Stelle des in Ruhestand getretenen Direktors des Kriegsaufsichts, General der Infanterie Meinovich zur Leitung dieses Amtes berufen. Generalmajor v. Hoen bleibt auch weiter Kommandant des Kriegspressequartiers.

London, 18. Januar. (Reuter.) Der Postdampfer „Nijdam“ der Holland-Amerika-Linie befindet sich mit sechsunddreißig Mann Besatzung auf dem Wege nach Graveland. Schlepddampfer stehen ihm bei. Alle Passagiere sind in Sicherheit, drei Decker sind verwundet. (Es wird in der Depesche nicht gesagt, ob der Dampfer auf eine Mine lief oder auf andere Weise havariert ist. M. T. B.)

Russische Mißerfolge an der Kaukasusfront.

Konstantinopel, 18. Januar. (M. T. B.)

Das Hauptquartier teilt mit: An der Kaukasusfront wurden die Russen, die infolge unserer heftigen Angriffe bedeutende Verluste erlitten, durch die Verstärkungen, die wir jüngst erhalten haben, gezwungen, ihre Angriffe auf der ganzen Front einzustellen. Trotz der acht Tage andauernden sehr heftigen Angriffsbewegung weit überlegener feindlicher Kräfte bleibt die Lage mit unbedeutenden Änderungen für uns günstig. Sonst nichts Neues.

Die russische Presse über die Neujahrsschlacht.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

b. Stodkholm, 19. Januar.

Die Russen gehen nun selbst ein, daß die Offensive an der Ostfront ergebnislos geblieben bzw. gescheitert ist. Der Kriegsberichterstatter der „Birshewija Wjedomosti“ stellt fest, daß hartnäckige, erbitterte Kämpfe, die an der Ostfront und in Galizien südlich vom Pripiet die ganze Woche andauerten, am Sonntag abnehmen und verkümmern. Kriegsvorkämpfer meinen, die russischen Operationen in der Ostfront und in Galizien hätten außer der politischen Aufgabe, mit einem starken Schlag auf Rumänien einen Druck auszuüben, die Sicherung der linken Flanke im Auge gehabt und die Eroberung neuer guter Stellungen. „An dem Artikel finden sich indes weiche Zusätze, die zu denken geben. „Im Zusammenhang mit diesem Ergebnis“ — heißt es zum Schluß — „waren wir gezwungen, die weitere Offensive auf kurze Dauer einzustellen.“ Der Gouverneur von Lwow berichtet einen Anruf an alle Russen um Unterstützung der Tarnopoler Bevölkerung, die obdachlos, ohne Bekleidung und Bekämpfung, verhungerte. Die größte Teil davon sind die Tausende aus anderen Gebieten ausgewiesene galizische Juden.

o. Wien, 19. Januar.

Der heutige amtliche Bericht über den Sieg in Dalmatien und an der bosarabischen Front erwidert hier um so größere Neugier, als man in authentischer Weise davon unterrichtet ist, daß man in Petersburg auf ein Gelingen dieser mit starken Kräften angelegten Offensive aus militärischen und politischen Gründen das allergrößte Gewicht legte. Man hoffte in Russland auf einen starken Erfolg und brachte den Soldaten die Ueberzeugung bei, daß sie in kürzester Zeit über die Karpaten vordringen würden. Unsere Verluste waren relativ sehr gering.

Die amtliche montenegrinische Mitteilung über die Waffenfreigabe.

Paris, 19. Januar. (M. T. B.)

Das montenegrinische Generalkonsulat veröffentlicht folgende Note: „Die Blätter melden, daß das unglückliche Montenegro sich ins Unvermeidliche habe schicken müssen, nachdem es unter ganz besonders ungünstigen Umständen heldenhaft gegen einen zahlenmäßig weit überlegenen, stark bewaffneten Feind gekämpft hatte. Wenn der König und die Regierung nachgegeben haben, so muß man als sicher annehmen, daß die Arme ihre letzte Munition verschossen hatte; sogar die Flucht war unmöglich geworden, da der Feind an den Grenzen stand, und da es wegen der erbitterten Feindseligkeit von Seiten Albanien keinen Ausweg über das Meer gab. Wenn die serbische Armee aus Serbien hat antommen können, so hatten doch die schwachen und durch Entbehrungen aller Art erschöpften montenegrinischen Truppen kein Mittel, auf freudem Gebiet eine Zuflucht zu suchen. Man wird über die Bedingungen, unter denen die Feindseligkeiten eingestellt wurden, Erörterungen und Schuldsprüche zu hören bekommen; die Einzelheiten darüber stammen übrigens von feindlicher Seite. Man wird sogar die unglücklichen Besiegten mit Schimpf überhäufen, aber das wird weder dem Ruf des tapferen kleinen Montenegro, noch der erhabenen Heldentat, welche es zu seiner Ehre in dem großen Kriege gespielt hat, Abbruch tun, und Montenegro wird dem edlen Frankreich, welches ihm stets an erster Stelle weitgehende Hilfe geleistet hat, so oft Montenegro seine herkömmliche Freundschaft anrief, dankbar bleiben.“

Empfang der serbischen Regierung durch den König von Italien in Brindisi.

Rom, 18. Januar. (Meldung der Agenzia Stefani.)

Der König ist nach zweitägiger Abwesenheit, die der Besichtigung der Seestreitkräfte gewidmet war, hierher zurückgekehrt. Am 16. Januar empfing der König an Bord seiner Yacht „Cimara“ die Rommandanten aller italienischen und allierten Schiffe sowie die Militärs und Zivilbehörden. Am 17. begab der König nach Brindisi, wo er die Einrückungen der starken Verteidigungseinlagen besichtigte sowie den serbischen Militärrepräsentanten und einige Mitglieder der serbischen Regierung empfing.

Verantwortliche Redakteur: Dr. Rudolf Bernhardt, Gerichtsrat und Schriftführer des Reichsgerichts, für die Redaktion; Dr. Rudolf Bernhardt, Schriftführer des Reichsgerichts, für die Redaktion; Dr. Rudolf Bernhardt, Schriftführer des Reichsgerichts, für die Redaktion; Dr. Rudolf Bernhardt, Schriftführer des Reichsgerichts, für die Redaktion.

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts.

Nummer 34.

Berlin, Mittwoch, 19. Januar 1916.

Abend-Ausgabe.

„Wir brauchen Deutschland.“

Die Ausarbeitung eines festumgrenzten Planes für die Stellung der künftigen Zollpolitik Russlands wurde fast gleichzeitig in den Budgetkommissionen der Reichsduma des Reichsrates beschlossen. Professor Friedmann, der die wenigen Volkswirtschaftler unserer Feinde im Gegensatz zu dem Gebiet wirtschaftlicher Erwägungen abhebt, stellt in den „Birschewje Wjedomosti“ fest, dass bei der Beratung des Themas gleich zu Anfang schwer überbrückende grundsätzliche Verschiedenheiten nicht hätten; während die einen die einem fremden Staate stehende Zollvergünstigung automatisch jedem anderen Lande, der Russland dasselbe Entgegenkommen zeigen wollen, verlangen die anderen, dass eine solche ständige Übertragung des Zugestehens einer Vorzugsziehung nicht stattfinden möge. Friedmann äußert sich zu wie folgt:

Die Behandlung der Handelsvertragsfrage ist mit dem Kriege in neues Stadium geraten. Einerseits trat das Bestreben sich wirtschaftlich vom deutschen Einfluss zu befreien, andererseits wurde das Projekt einer handelspolitischen Einigung Russlands mit den Entente-Ländern auf der Grundlage eines Wirtschaftskampfes mit Deutschland und der Erreichung wirtschaftlich autonomen Russlands ins Leben gerufen.

In wirtschaftlicher Separatismus, wie er von nationaler Seite herbeigeseht wird, erscheint Friedmann als Anachronismus im Zeitalter der Weltwirtschaft. Der Mensch, die unermesslichen Reichtümer des Landes, die er sich wie wenig Licht gebracht wurden, einzig der wirtschaftlichen Hebung Russlands zugute kommen zu können, hat diesen Gedanken, der näherer Erwägung unwürdig erscheint, gezeitigt. Viel bedeutsamer und sympathischer ist Friedmann die Idee einer Erstreckung der politischen Zusammengehörigkeit der Entente-Staaten auf das wirtschaftliche Gebiet, die jedenfalls in dem großen Schaden zuzufügen. Dieses Projekt bezieht sich auf Deutschland und Österreich mit Hochzöllen zu beladen und gleichzeitig den Freunden Russlands Vorzugs einzuräumen. Allein, gegen einen solchen Zusammenschluss sprechen sehr stichhaltige Erwägungen rein ökonomischer Natur. Es gäbe eine Reihe von Umständen, die wirtschaftlichen als ungünstig für Russland erscheinen lassen. Um es überhaupt verwirklichen zu können, sei vor allem nötig, dass England sich vom Prinzip Freihandelslosigkeit und sich bereit erkläre, deutsche mit Zöllen zu belegen. Freilich gäbe es in England die starke Strömung, die zum Schutze der Landwirtschaft die Einführung eines Schutzsystems ablehnt; richtig sei auch, dass Deutschland im Weltmarkt mit England an erster Stelle stehe, und dass England es möglicherweise für vorteilhaft erachte, im Warenverkehr mit Deutschland Einbuße zu erleiden, wenn ihnen die Entfernung dieses unangenehmen Konkurrenten in den Märkten Russlands, Frankreichs und Italiens gegenüber — so fragt Friedmann — gesetzt, dass es die Gegnerschaft, die sich in England der Vernichtung zuzufügen in den Weg legt, beiseite zu schieben, was es Russland dadurch gewinnen?

Die Errichtung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes, Russland, England mit seinen Kolonien, Frankreich, und Japan angehören, würde freilich die Vernichtung der missliebigen Deutschland zur Folge haben. Bezeichnenderweise ist es sehr wahrscheinlich, dass gleichzeitig dieser Kaltstellung des deutschen Handels nicht die Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung der russischen Volkswirtschaft zugrunde gehen werden, sondern diese selbst. Denn es wäre eine von Industrien Russlands ganz unmöglich, im Falle der Öffnung der Grenze gegen England auf der Grundlage freien Wettbewerbes mit den englischen Industrien Wirtschaftskampf aufzunehmen. Und weiterhin: Weltgetreidemärkte sind Argentinien, Kanada, Australien und die Vereinigten Staaten Russlands heftigsten Konkurrenten. Wenn England nun Russland keine Vorzugstarife bewilligt, so gewönne Russland eine Stärkung seines Getreideabsatzes in der Richtung England, verlore dagegen den deutschen Absatz. (Die Gewährung solcher Vorzugstarife ist aber innerhalb ausgeschlossen, weil außer Argentinien und den Vereinigten Staaten dadurch auch die eigenen Kolonien als benachteiligt würden). Deutschland hat im Jahre 1906—1910 volle 23 pCt. der gesamten russischen Getreideausfuhr aufgenommen, während England in derselben Periode nur 18 pCt. und Holland 30 pCt. (die Ausschließung Holland ist zu einem grossen Teile für Westland bestimmt), bezogen. Dabei zeigte die Ausfuhr nach Deutschland regelmässig steigende, die nach England fallende Neigung. Im Jahre 1911 wurden aus Russland nach Deutschland 291 Mill. Pud, nach Grossbritannien aber 1 Mill. Pud Getreide exportiert. Aus diesem ständigen Vergleich ist ohne weiteres zu erkennen, dass das Verbot einer nennenswerten Einschränkung der Ausfuhr von Getreide nach Deutschland, von England in der Weise weggenommen werden kann. Denn es könnte eifrig darüber bestehen, dass Deutschland, dessen Industriezweigen wir die Grenze sperren, eine solche Ausfuhr sofort mit einer Erhöhung der Getreidezölle beantragen würde.

Die anderen Russland befreundeten Staaten anlangt, so Frankreich bekanntlich nur wenig Getreide einzufließen könnte Russland die aus der Ausschaltung dieses Absatzgebietes entstehenden Schäden nicht pachten. Nun gebe es Optimisten, die in der Hoffnung auf Deutschland könne ohne russisches Getreide existieren und wäre dementsprechend der Lage, als Gegenmassregel gegen die Zollsenkung für deutsche Industrieerzeugnisse eine Erhöhung der russischen Getreideausfuhr durch Einführung von Zöllen zu verwirklichen. Aber man möge sich nur Zöllner während der neunziger Jahre des Jahrhunderts erinnern, einen Präzedenzfall, der die Erwartungen Unrecht gäbe. Deutschland könnte

sich überdies genügend Getreide aus den Vereinigten Staaten, aus dem Balkan und — sehr wahrscheinlich — auch aus Mesopotamien verschaffen. In jedem Falle — wir müssen das mit Bedauern zugestehen — wird Deutschland sich zu helfen wissen. Des weiteren, so führt Friedmann aus, treten die Meldungen von einem wirtschaftlichen Zusammenschluss zwischen Deutschland und Österreich, der Türkei und Bulgarien nach dem Kriege immer häufiger und deutlicher auf. Wenn aber dieses Projekt sich realisieren sollte, so wird Deutschland Russland weiterhin die Meistbegünstigung nicht zugestehen können. Denn es sei klar, dass die wirtschaftlich vereinigten Länder die einander zugestehenden Vorzugsbedingungen im Warenaustausche andern, ausserhalb der Vereinigung stehenden Staaten nicht zubilligen werden. In diesem Falle würde Russland nolens-volens gezwungen sein, in seinen Beziehungen zu Deutschland vom Prinzip der früheren Meistbegünstigung abzugehen und dem Systeme der bedingten Meistbegünstigung, die in Wirklichkeit mit dem Systeme besonderer Verträge auf Grund verschiedener Bedingungen mit den einzelnen Staaten gleichbedeutend ist, zu folgen. Die hier wiedergegebene Ausführungen Professor Friedmann liefern das klare Geständnis „wir brauchen Deutschland“ und richtet sich im besonderen gegen die hiesige Propaganda des reaktionären Professors Goldstein, der für eine antidösterreichische wirtschaftliche Vereinigung der Entente-Staaten eintritt.

* Die Rechtsgültigkeit der Reichszuwachssteuer.

Grenzen der richterlichen Nachprüfung.

Bei Erlass des Reichszuwachssteuergesetzes waren von manchen Gegnern der neuen Steuer Bedenken über die Rechtsgültigkeit des Gesetzes geltend gemacht worden. Namentlich gab die Verteilung des Steuerertrages auf Reich, Staat und Gemeinde Anlass, die Ungültigkeit des Gesetzes mit Rücksicht auf den Artikel 4 Ziffer 2 der Reichsverfassung zu behaupten. In diesen Artikeln ist nämlich bestimmt, dass das Reich nur zur Einführung von solchen Steuern zuständig sei, die für die Zwecke des Reiches bestimmt sind.

In einem dieser Tage ergangen Erklärungen hat das Reichsgericht (VII. 217. 15) sich für die verfassungsmässige Gültigkeit der Reichszuwachssteuer entschieden, und sich dies in der Berufungsinstanz vom Hanseatischen Oberlandesgericht geltend gemacht, in vieler Hinsicht interessanten Gründen angeschlossen. Das Oberlandesgericht hatte u. a. folgendes ausgeführt:

Nach Artikel 4, Ziffer 2 der Reichsverfassung unterliegen der Gesetzgebung des Reiches „die für die Zwecke des Reiches zu verwendenden Steuern“. Als eine solche Steuer ist die nach dem Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung vom 14. Februar 1911 des Reichszuwachssteuer anzusehen, obwohl nach § 58 des Gesetzes von ihrem Ertrage das Reich nur 50 pCt., die übrigen 40 pCt. aber teils die Bundesstaaten (10 pCt.), teils die Gemeinden oder Gemeindeverbände (40 pCt.) erhalten. Denn die 10 pCt. bilden nach der ausdrücklichen Gesetzesbestimmung die von Reiche den Einzelstaaten „für die Verwaltung und Erhebung der Steuern“ bezahlte Vergütung, während diese 40 pCt., die den Gemeinden und den Gemeinden in Verbindung mit den Motiven während sollen, dass ihnen durch das Reichsgesetz das Recht auf selbständige Erhebung einer Grundbesitzsteuer, die wie die Reichszuwachssteuer nicht verkannt hat, ihren Wesen nach in der Reichsfinanzverwaltung vorzubehaltende Steuer der Gemeinden ist. Es handelt sich also um einen Zufluss derselben Art, wie sie aus Billigkeitsrücksichten bei Einführung eines Reichsmonopols des bisherigen Erzeugers des monopolisierten Artikels und den Händlern mit ihm gewährt zu werden pflegt. Nach der Novelle vom 31. Juli 1913 fällt nun aber für die nach dem 30. Juni 1913 eintretenden Fälle der Steuerpflicht die Erhebung des Reichsanteils (50 pCt.) fort. Gesetzlich ist das das Verwaltungsverfahren nicht mehr im Einklang, so ist es gleichwohl rechtsgültig. Nach Artikel 78 der Reichsverfassung erfolgen Verfassungsänderungen im Wege der Reichsgesetzgebung. Nur dann gelten sie als abgelehnt, wenn sie im Bundesrat mehr als 13 Stimmen gegen sich haben. Nun vom 4. Juli 1913 vom Kaiser ausgetragene und verkündete Gesetz über die Bundesrat gefunden hat, ist nicht vorgeschrieben. Auf der anderen Seite sind die Bundesratsberatungen und Beschlüsse geheim. Bei dieser Sachlage muss davon ausgegangen werden, dass jedes gehörig ausgelegte und verkündete Reichsgesetz im Bundesrat diejenige Mehrheit gefunden hätte, der es zum verfassungsmässigen Zustandekommen des Gesetzes seinem Inhalte nach bedurfte.

Das Reichsgericht hat diese Entscheidung bestätigt. Das Urteil des Oberlandesgerichts ist insofern von besonderem Interesse, als es den der Verfassung an sich widersprechenden Charakter der Zuwachssteuer in ihrer jetzt geltenden Form nicht ausdrücklich bestreitet, sondern zur Abweisung des Einwands der Verfassungswidrigkeit und der daraus folgenden Ungültigkeit nur mit dem Hinweis auf die formell gültig erfolgte Verkündung und Veröffentlichung des Gesetzes gelangt. Es liegt hier somit einer der sehr seltenen Fälle vor, in denen ein Gericht sich für die Gültigkeit eines Gesetzes trotz der ihm entgegenstehenden verfassungsmässigen Bedenken entschieden hat, weil nach geltendem Recht die Nachprüfung der Laute des Gesetzes — wie dies wohl ursprünglich ist — Zugrunde liegen hat die Verwaltung. (Im vorigen Jahre wurden 41 486 M. abgeschrieben.) Dieses Herabsetzungskonto wird in voller Höhe unter die Passiven eingestellt. Auf der anderen Seite erscheinen die Aktivposten, auf die im wesentlichen Abschreibungen vorgenommen zu werden pflegen, wie Maschinen, Reservevorräte usw. unverändert wie im Vorjahre, weil mit je 1 M. Wenn also im Laufe des Jahres — wie dies wohl wahrscheinlich ist — Zugänge auf diesen Konten stattgefunden haben, so müssen sie vorweg abgeschrieben worden sein. Für Ueberschuss stellt sich auf 2 333 496 M. (1 477 171). Die Dividende auf die Vorzugsaktion in

Höhe von 4 1/2 pCt. erfordert wieder 54 000 M., die auf Stammaktien in Höhe von 25 pCt. 1 062 500 M. (in 1913/14 22 pCt. Dividende gleich 935 000 M.) Der Aufsichtsrat erhält an Tantieme 112 601 M. (78 659), Direktion und Beamte 170 000 M. (140 000). Dem Reservefonds II werden 110 000 M. zugeführt (Erneuerungsfonds 50 000). Für Wehrsteuer werden wieder 20 000 M. für Grundsteuer wieder 5450 M. zurückgestellt. Für Unterstufungen usw. werden 83 470 M. verwendet und 430 464 M. (194 137) auf neue Rechnung vorgetragen. Für die Geschäftsjahresausser sich die Verwaltung wie folgt: „Der Spritabsatz äussert sich die folgende Durchschnittsbeschäftigung unserer Fabriken seitens der Spirituszentrale betrug 21,5 pCt. unseres Spirituskontingents gegen 25,5 pCt. im Vorjahre. Hierdurch stieg der Reklifikationsgewinn. Der Nutzen am Report ging infolge der geringeren Rohspiritusproduktion und Lagerung zurück, dagegen erhöhte sich der Zinsenüberschuss. Erheblich grösser dagegen erhöhte sich die Einnahmen aus unserer Beteiligung an anderen Unternehmungen, ergebnis wesentlich höher als im Vorjahre. Auf unseren Besitz an Staatspapieren sind aber wieder 51 782 M. abgeschrieben. Die bedeutende Erhöhung, die unser Effektenbestand erfahren hat, ist durch die Zeichnung und Vollzahlung von etwa 1 700 000 M. deutscher Kriegausleihe entstanden. Die im Vorjahre reservierten 50 000 M. für Kriegsunterstützungen haben wir nicht nur vorerschienen neuem neuwert überschrieben.“ In der Bilanz erscheinen Grundstücke mit 140 305 M. (140 638). Abschlagszahlungen auf die Spirituszentrale sowie andere Warenbestände haben von 7 963 076 M. auf 2 167 043 M. abgenommen. Wertpapiere erscheinen mit 2 873 741 M. (1 243 974). Kasse, Wechsel und Steuervergütungsscheine mit 1 441 930 M. (1 493 590), Guthaben mit 3 034 151 M. (3 546 656), sonstige Debitoren mit 4 420 123 M. (5 020 453). Auf der Passivseite erscheinen gestundete Verbrauchsausgaben mit 1 170 578 M. (2 342 827) und sonstige Kreditoren mit 2 776 794 M. (3 262 258). Ueber das laufende Jahr äussert sich die Verwaltung folgendermassen: Im neuen Jahre droht dem Produktengeschäft infolge der bundesrätlichen Bestimmungen eine erhebliche Schmälerung des Umsatzes um Nutzen; unsere Unternehmungen sind aber voll auf beschäftigt. Gestützt hierauf und auf unsere finanzielle Lage sowie unsere starken Reserven dürfen wir wiederum auf ein befriedigendes Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres hoffen.

Deutschlands Handelsbeziehungen zu Montenegro. Obwohl unser Warenaustausch mit Montenegro der Grösse des Landes und der Entwicklung seiner Volkswirtschaft entsprechend nur sehr bescheiden ist, sind unsere Handelsbeziehungen zu König Nikita Reich doch seit dem Jahre 1907 durch einen Handelsvertrag geregelt. Von dem Wunsche durch den Abschluss einer Handels- und Schiffsabkommens zu heben, wurde im Juni 1907 zwischen den Vertretern beider Staaten in Cetinje ein Vertrag abgeschlossen, der im Februar 1908 ratifiziert wurde und im folgenden Monat in Kraft trat. Der Vertrag läuft bis zum 31. Dezember 1917, er konnte Ende des laufenden Jahres gekündigt werden. Der Krieg hat auch ihm vorzeitig ein Ende bereitet. Die Ueberinkunft ist ein Meistbegünstigungsvertrag, nach dem die Unternehmungen und die Boden- und Gewerbezweige jedes der beiden Länder gegenseitig im Gebiete des anderen Landes, was die Niederlegung der Staatsangehörigen betrifft, und hinsichtlich des Handels unter die gleiche Behandlung auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation gemessen, und zwar sowohl für die Ein- und Durchfuhr und im allgemeinen in jeder der Zoll- und die Handelsgeschäfte betreffende Beziehung, als auch für die Ausübung von Handel und Gewerbe und für die Zahlung der Abgaben, die sich hierauf beziehen. Unsere Einfuhr aus Montenegro hat im Jahre 1908 ihren höchsten Stand, nämlich 20 000 M. erreicht, in dem Jahre 1909 den vorangehenden Jahre belief sie sich nur auf 11 000 M.; sie bestand in Rohhäuten, Goldwaren und Lederwaren. Unsere Ausfuhr nach Montenegro hat im Jahre 1908 ihren höchsten Stand mit 464 000 M. erreicht, in dem dem Kriege vorangehenden Jahre belief sie sich auf 140 000 M. Sie bestand hauptsächlich aus Hufeisen, Bindhäuten, Baumwollenzwirn, Treibwaren, Maschinen, Bindfäden, Fernsprechern und Arzneiwaren.

* An der Börse

eröffnete der Verkehr heute in ziemlich losloser Haltung und bei stillem Geschäft. Im weiteren Verlauf stellte sich für die Aktien der Bismarck-Hütte lebhaftes Interesse zu steigenden Kursen ein, das schliesslich der ganzen Börse einen festeren Grundton und auch einige Anregung gab. Die übrigen ober-schlesischen Eisenbahnwerte, so besonders die Aktien der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Ges., und der Kurven gleichfalls Eisenindustrie, wurden zu wenig verändert. Der Kurs der Eisenindustrie, wurden zu wenig verändert. Der Kurs der Eisenindustrie, wurden zu wenig verändert. Der Kurs der Eisenindustrie, wurden zu wenig verändert.

Am Rentenmarkt wiesen heimische Anleihen nur geringe Veränderungen auf. Japanische Anleihen konnten ihren Kursstand behaupten, von russischen wurden die von 1902 etwas höher, von türkischen waren die Administrationsanleihe sowie die von 1905 und 1908 gebessert. Griechische und rumänische Anleihen konnten sich etwas befestigen, während serbische auch heute angeboten waren.

Im Verlauf der Börse vermochten sich die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabrik weiter zu erholen. Eine Besserung erliefen ferner die Aktien der Auer-Ges., der Ver. Fränkischen Schuhfabriken und der Luther Maschinenfabrik.

Am Geldmarkt war auch heute wieder die Tendenz befestigt. Tägliches Geld war zu 4 pCt. noch ziemlich flüssig, der Privatdiskont hielt sich aber auf einer Höhe von ca. 4 1/2 pCt. Die Reichsbank und die Seehandlung haben den Diskontsatz für die Schatzwechsel des Reiches resp. Preussens nicht unwesentlich erhöht. — In fremden Valuten war das Geschäft ruhig bei nur wenig veränderten Kursen.

Im heutigen Warenverkehr wurden folgende Preise bekannt: Mais mehrl., rumänische, geschrotet, frei Dresden 57 M., loco Dresden 88—90 M., loco Berlin 89—91 M. in Waggon für 100 kg.

KONKURSE UND ZAHLUNGSSTOCKUNGEN.

* Berliner Konkurse. Im Konkurs der W. Wertheim G. m. b. H. in Berlin, Friedrichstr. 119/12, wird die Tagesordnung des Termins am 26. Januar noch dahin ergänzt, dass die Gläubiger über die Liquidation der Gläubigeranwaltschaft gebiet werden sollen und der Verwalter Bericht über den Stand der Sache und der noch schwebenden Prozesse geben wird.

△ Zur Hausse am Frachtenmarkt.

Die Tendenz am Frachtenmarkt hat sich erneut befestigt, teilweise im Zusammenhang mit Requirierungen von Dampfern durch die britische Regierung. Hierdurch ist das ohnehin geringe Schiffsmaterial weiter verkleinert worden. Die Folge davon war ein erhebliches Anziehen der Frachten. Für einzelne Strecken, so z. B. von Mexiko aus waren Frachträume überhaupt nicht zu beschaffen, selbst nicht bei erheblich erhöhten Sätzen. Die Katen für Getreidetransport von der Nordamerikanischen Union nach England stellten sich in der ersten Januarwoche auf 14 sh. 9 d. — 15 sh. pro Tonne gegen 13 sh. 9 d. in der letzten Dezemberwoche und 7 sh. in der gleichen Vorjahreszeit. In Friedenszeiten kostet die Fracht nur ca. 1/10 sh. bis 2 sh. pro Tonne. Nach Holland bedingt in normalen Zeiten die Fracht ebenfalls ungefähr 2 sh. pro Tonne, jetzt wird ein Satz von mehr als 9 Gulden pro Tonne bezahlt. Ungewöhnlich hoch sind die Frachten von San Lorenzo nach England gestiegen. In der letzten Woche wurden Sätze von 140 sh. — 150 sh. pro Tonne bewilligt gegen 125 sh. in der letzten Dezemberwoche. In Friedenszeiten kostet diese Route nur ungefähr 3 sh. pro Tonne. Auch in den übrigen Sätzen auf dem Weltmarkt sind ganz erhebliche Steigerungen eingetreten. So kostet beispielsweise jetzt die Reise Bombay — Westeuropa ca. 117 sh. pro Tonne gegen 110 sh. Ende Dezember 1915 und ungefähr 14 sh. in Friedenszeiten. Von Burma nach Westeuropa stellt sich die Fracht für Reis auf 1326 sh. pro Tonne, während sie im Januar 1915 nur 85 sh. kostete. In Friedenszeiten erfordert die Beförderung von Reis von Burma annähernd 16 sh. Der Transport von Chilesalpeter kostet nach England jetzt 125 sh. gegen 120 sh. Ende des Jahres 1915, 60 sh. im Januar 1915 und 21 bis 22 sh. in Friedenszeiten. — Man sieht aus dieser Gegenüberstellung, dass die Massregeln der englischen Regierung, die darauf hinzielten, den englischen Importeuren einen grösseren Schiffsraum zu sichern, bis jetzt keinen Erfolg in bezug auf die Höhe der Frachten gehabt haben. Nur ganz vorübergehend war ein Stillstand in der Aufwärtsbewegung eingetreten, der inzwischen aber einer neuen Aufwärtsbewegung Platz gemacht hat. Wie sich die Durchschnittsfrachtsätze des Jahres 1915 im Vergleich mit Friedenszeiten stellen, zeigt folgendes Bild:

	Weizenfracht nach England			
	Durchschnitt in sh pro To.			
	1915	1914	1913	1912
Montréal	9	3	2	1
San Lorenzo	60	17	11	6
Rosario	68	4	18	16
Buenos Aires	69	8	19	10
Karachi	40	3	15	1
Bombay	62	8	17	1
Calcutta	67	1	17	1
Australien	93	3	24	9
Portland	86	1	35	4
(Saghai)	83	30	35	38
Alexandria	63	6	4	7
Wladiwostok	67	1	30	3

Die Ende des Jahres 1915 gezahlten Frachtsätze sind naturgemäß ganz wesentlich höher als die obigen Durchschnittssätze. So erzielte z. B. Ende Dezember eine Sendung Weizen von Bombay nach England 111 sh. 3 d., von Portland nach England 130 sh. und von Alexandria 72 sh. 6 d.

*** Deutsche Gusstahlwerk- und Maschinenfabrik Akt.-Ges.** in Schweinfurt. Die Beschäftigung des Unternehmens lässt, wie uns geschrieben wird, nichts zu wünschen übrig. Der Umsatz in den ersten drei Quartalen überstieg den in der Vergleichszeit des Vorjahres erheblich. Der Absatz bis zu diesem Zeitpunkt war auch ganz beträchtlich grösser, als der ganze Jahresabsatz in 1914/15. Ueber das Ertragnis des Ende Februar ablaufenden Geschäftsjahres 1915/16 lassen sich gegenwärtig genaue Angaben naturgemäß nicht machen. Da die Gesellschaft aber bei Beginn des Jahres über erhebliche Bestände an Rohmaterialien verfügte, ist anzunehmen, dass der Gewinn recht ansehnlich sein und den vorjährigen nicht unerheblich übersteigen wird. In unerrichteten Kreisen glaubt man daher auch schon sagen zu können, dass die i. V. von 12 auf 10 pCt. ermässigte Dividende eine Wiedererhöhung erfahren wird.

*** Gladbacher Textilwerke Akt.-Ges.** vorm. Schneiders u. Irmen in M.-Gladbach. Einer Mitteilung der Verwaltung entnehmen wir, dass das Unternehmen im laufenden Jahr gut beschäftigt ist und noch für mehrere Monate Mitarbeiter zu verstellen. Auch mit Rohmaterialien ist die Gesellschaft reichlich versehen. Von einer Beschäftigung, wie in dem Ende Juni v. J. abgelaufenen Geschäftsjahr, kann allerdings keine Rede sein, schon allein aus dem Grunde, weil in der Textilindustrie die gewöhnliche Arbeitszeit eingeschränkt worden ist. Soweit sich jetzt ein Urteil über das mutmassliche Ergebnis fällen lässt, nimmt man an, dass ein zufriedenstellende Dividende gezahlt wird. Im Vorjahr wurde eine Dividende von 20 pCt. ausgeschüttet, während für 1914/15 eine solche nicht zur Auszahlung gelangte.

*** Hafen- und Lagerhaus-Akt.-Ges. Aken a. d. Elbe.** Der Bruttoertrag für 1915 betrug, wie die Verwaltung berichtet, wie im Vorjahr 153 000 M., die Verwaltung beschloss, davon 40 000 M. (i. V. 52 400) zu Abschreibungen und 32 000 M. (30 700) zu Rückstellungen zu verwenden und der Generalversammlung (wie i. V.) die Verteilung von 7 pCt. Dividende vorzuschlagen.

Die englische Kontrolle der russischen Auslandsbestellungen. Nach einer Mitteilung in „Prom. i. Industrieausschusses“ statt, in der die wichtige Frage der Auslandsbestellungen des Ausschusses auch zur Sprache kam. Dabei wurde mitgeteilt, dass gemäss der zwischen der russischen und englischen Regierung abgeschlossenen Konvention keine einzige russische Bestellung im Auslande ohne die ausdrückliche Genehmigung der englischen Regierung ausgeführt werden kann.

BERLINER HANDELSREGISTER.

Eintragungen vom 15. u. 17. Januar.
 Abt. A. Johannes Dübel, Elchhorn 10. Inh. ist Kfm. Johannes Dübel, Berlin-Schöneberg. Prokurist Walter Dirks.
 Heinrich Levy, Elektrotechnische Bedarfsartikel, Berlin-Tempelhof, Kaiserorso 2. Inh. ist Kfm. Heinrich Levy, ebenda.
 H. Fischpatsch & Co., Berlin, Wallstr. 125/2. Ges. sind Frau Henriette Fischpatsch geb. Blow u. Kfm. Alwin Fischpatsch in Berlin-Schmargendorf, Begion 14. i. B. Vertretung jeder für sich. — Wilhelmine Schupke. Inh. ist jetzt Heinrich Schupke, hier; seine Prokura ist gekocht. — Der Parfümeur Zeitschrift für Kosmetik Inh. Ernst Haratisch. Inh. ist jetzt Wwe. Agnes Haratisch geb. Harisch in Charlottenburg. — Gustav Walz & Co. Prokurist Gertraud Jonas. — Emil Witt Buchdruck-Unternehmen-Handlung, Emil Witt & Co. Fleischkonserventechnik Isidor Fass. Die Prokura des Walter Fosse ist gekocht. Prokurist Fritz Foss. — Gebrüder Gocmann. Am 1. i. B. 16 ist Kfm. Paul Fink, hier, eingetretten; seine Prokura gekocht. — Max Blumberg. Inh. ist jetzt Hedwig Blumberg geb. Meyer, hier. — Blindendank Dr. Alfred Sautier. Inh. ist jetzt Verlagsbuchhändler Arthur Collegen in Charlottenburg. — Bleicheröder & Co. Hamburg Filiale Berlin. Die Prokura des Bruno Anger ist gekocht. — Geleiselt sind die Firmen: Gust. Ad. Hoffmann. — Wilhelm Mallnitz. — Moritz Nansenberg. — Albert Sprickerhof Bauunternehmung Technisches Bureau für Eisenbahn-Hoch- und Tiefbau.
 Abt. B. A. Busse & Co. Akt.-Ges. Otto Cordulsen ist nicht mehr Vorstandsmitglied; zum Vorstandsmitglied ist Direktor Alfred Steinko, hier, ernannt.

WARENMARKT.

London, 17. Jan. Leinwand La Plata per Jan. 70/0, Kalkutta per Jan. 85/0.
 London, 17. Januar. Rbb. l. Engl. raffiniert 65/—, Baumwolle l. raffiniert 51/—.
 Hüll, 17. Januar. Baumwolle l. raff. 49/3, Jan.-April 49/3. Tendenz: ruhig.

New-York, 14. Jan. (Baumwolle) Wochenbericht des „Financial Chronicle“.
 D. Woche L. Woche
 in Ballen in Ballen
 Ablieferungen der Plantagen . . . 159 000 109 000
 Auf Schiffen verladen, aber noch nicht verschifft . . . 165 000 189 000
 Davon für England . . . 79 000 —
 Davon für Frankreich . . . 9 000 —
 Davon Rest für den Kontinent . . . 43 000 51 000
 In Sicht gebracht während der Woche . . . 287 000 246 000 569 000
 In Sicht gebracht seit 1. August . . . 7 686 000 7 400 000 8 884 000

Wie der Financial Chronicle meldet, gingen in der letzten Woche leichte Regenfälle nieder, und die Temperaturen waren niedriger. Die Qualität von Weizen, Hafer und Leinwand ist gut und die Anfrufen beträchtlich. Auch die Druschresultate sind befriedigend. Die Maisernte leidet unter der Trockenheit in den mittleren und nördlichen Provinzen sowie in den Provinzen Buenos Aires, Santa Fé Cordoba und Entrerios. Den Schaden schätzt man auf 20 bis 30 Prozent. Letztlich wurden jedoch leichte Regenfälle gemeldet.

	D. Woche		L. Woche	
	Preis, Dollar	Verkaufte Tonnen	Preis, Dollar	Verkaufte Tonnen
Weizen fest	—	—	—	—
Vorrat Tonnen	30 000	30 000	30 000	30 000
Hafer fest	—	—	—	—
Vorrat Tonnen	100 000	70 000	100 000	70 000
Leinwand fest	—	—	—	—
Vorrat Tonnen	28 000	18 000	28 000	18 000

Frachtratemarkt: steigend. Frachtsatz: per Januar-Februar von den oberen Frachtsätzen bezahlt.
 *) davon 4150 Tonnen nach Amerika verschifft.
 *) davon 4147 Tonnen nach Amerika.

Fonds-Telegramme.

Paris, 18. Januar. (W. T. B.)

18. 1.	17. 1.	18. 1.	17. 1.
3proz. Franz. Rente	83.00	83.10	83.10
3proz. Span. Aus. Anl.	86.75	86.75	86.75
3proz. Russen v. 1906	81.50	81.50	81.50
3proz. Türken	—	—	—
Banque de Paris	—	—	—
Credit Lyonnais	—	—	—
Union Parisienne	—	—	—
Suez-Kanal	—	—	—
Thomson-Houston	—	—	—
Baku	—	—	—
Brank	—	—	—
Maltzoff-Fabrik	—	—	—

Amsterdams, 18. Jan. 5proz. Niederl. Staatsanl. 107 1/2, Oblig. 3proz. Niederl. W. S. 60/0, Kgl. Niederl. Petroleum 50 1/2, Holland-Amerika-Linie 188 1/2, Niederländisch-Indische Handelsbank 170 1/2, Atchafon, Topica and Santa Fé 10 1/2, Bock Island 7 1/2, Southern Pacific 94, Southern Railway —, Union Pacific 128 1/2, Anaconda 169 1/2, United States Steel Corp. 79 1/2, Französisch-englische Anleihe 88 1/2.

London, 18. Januar. (W. T. B.)

18. 1.	17. 1.	18. 1.	17. 1.
3/4% Engl. Konsols	89	89 1/2	89 1/2
3/4% Argentin. von 1886	96 1/2	96 1/2	96 1/2
3/4% Brasilian. von 1889	—	—	—
3/4% Japaner von 1899	67 1/2	67 1/2	67 1/2
3/4% Portugiesen	—	—	—
3/4% Russen von 1906	—	—	—
Baltimore und Ohio	98 1/2	98 1/2	98 1/2
Canadian Pacific	156 1/2	156 1/2	156 1/2
Erie	42 1/2	42 1/2	42 1/2
Nat. Railways of Mex.	—	—	—
Pennsylvania	108 1/2	108 1/2	108 1/2
Southern Pacific	106 1/2	106 1/2	106 1/2
Union Pacific	128 1/2	128 1/2	128 1/2
Unit States Steel Corp.	79 1/2	79 1/2	79 1/2
Anaconda Copper	187 1/2	187 1/2	187 1/2
Rio Tinto	107 1/2	107 1/2	107 1/2
Chartered	10 1/2	10 1/2	10 1/2
De Beers det.	107 1/2	107 1/2	107 1/2
Goldfields	1 1/2	1 1/2	1 1/2
Randmines	4 1/2	4 1/2	4 1/2

*** Vom Petersburger Effekten- und Devisenmarkt meldet uns ein Privat-Telegramm folgende Kurse:**

	19. 1.	17. 1.	19. 1.	17. 1.
Russ. 4proz. Rente	88 1/2	88 1/2	88 1/2	88 1/2
Russ. 3proz. Rente	620	616	620	616
Brit. Anleihen	630	640	630	640
Zweite Prämienlose	910	910	910	910
Dritte Präm.-Adelsh.	475	475	475	475
Wladikavkaz-Eisenb.	—	—	—	—
Asow-Dan-Comrbk.	—	—	—	—
Wolga-Kamabk.	—	—	—	—
Petersb.-Ist.-Hösbk.	—	—	—	—
Petersb. Friedhöb.	—	—	—	—
Russ. Fick. L. u. H. H.	—	—	—	—
Sibir. Handelshk.	—	—	—	—
Anthracit-Werke	—	—	—	—
Russ. Bait. Waagfl.	—	—	—	—

Valuten: 10 Pfund Sterl. am 12. Januar 161.50 bis 161.00 (11. Januar 161.25), 100 Francs = 88.00, 57.75 (57.90), 100 nordische Kronen = 95.25 (95.50—95.25—95.50), 1 Dollar = 3.395 (3.390) Rbl.

Wechselkurs in Brasilien. (Telegramm der Deutschen Wechselkursbank, Berlin (Banco Alencastro), Rio de Janeiro, 19. Jan. Wechselkurs per 90 T/S. auf London 117 1/2 a. d.

Amerikanische Kabel-Telegramme.

* New-York, 18. Januar. (Special-Kabeltelegramm.) (Vorbericht.) Die Kursstellung während des heutigen Börsenverkehrs liess Eindeutigkeit vermieden, der Grundton war aber im allgemeinen etwas matter. Standardwerte sowie zahlreiche Spezialpapiere litten während des ganzen Verlaufs unter heftigen Angriffen der Bullisten, so dass bei Schluss überwiegend Kursrückgänge zu verzeichnen waren. Am Industrie-Electric Shares um 1/2 Doll., niedriger. Bechthelm Steel Aktien hatten unregelmässige Tendenz. Von führenden Eisenbahnaktien zeigten sich Canadian um 1/2 Doll., Chesapeake um 1/2 Doll., Illinois Central um 1/2 Doll. und Union um 1/2 Doll. unter geistigen Schluss.

New-York, 18. Jan. (Privat-Kabeltelegramm.)

18. 1.	17. 1.	18. 1.	17. 1.
Tendenz Gold	—	—	—
Gold a. 24 Stunden	190 1/2	190 1/2	190 1/2
Gold a. 24 Stunden	190 1/2	190 1/2	190 1/2
letztes Darlehen	190 1/2	190 1/2	190 1/2
Wechs. a. Berl. (Sicht)	75 1/2	75 1/2	75 1/2
de. Paris (Sicht)	5.85	5.85	5.85
de. Lond. (60 Tg.)	4.7150	4.7150	4.7150
Cable Transfers	4.7250	4.7250	4.7250
Silber Bullion	—	—	—
de. London	—	—	—
St. Louis, San Franc.	—	—	—
Ret. 4 1/2 Bds.	—	—	—
St. Louis, San Franc.	—	—	—
Ret. 5 Bds.	—	—	—
South Pacific conv.	—	—	—
4 1/2 M/S Bds.	—	—	—
Atchafon Top u. St. Fé	100 1/2	107 1/2	107 1/2
North Pacific 3 1/2 Bds.	94 1/2	94 1/2	94 1/2
Canadian Pacific	178	178 1/2	178 1/2
Chesapeake u. Ohio	64 1/2	64 1/2	64 1/2
Chicago, Milwaukee	—	—	—
de. St. Louis	100 1/2	100 1/2	100 1/2
Deaver u. Rio Grande	12	12	12
Erie	41	41 1/2	41 1/2
Erie Ist. pref.	56 1/2	57	57
Great Northern pref.	124	124	124
de. Ore. Certif.	106 1/2	106 1/2	106 1/2
Illinois Central	106 1/2	106 1/2	106 1/2
Interborough Metrop.	19	19 1/2	19 1/2
Lehigh Valley	79 1/2	80 1/2	80 1/2
Louisville u. Nashv.	129 1/2	129 1/2	129 1/2
Missouri Kansas und Texas	6 1/2	6 1/2	6 1/2
National Eastern pref.	129 1/2	129 1/2	129 1/2
Missouri Kansas und Texas	6 1/2	6 1/2	6 1/2
National Eastern pref.	129 1/2	129 1/2	129 1/2
Mexiko and pref.	470	487	487

New-York, 18. Januar. (Privat-Kabeltelegramm.)

18. 1.	17. 1.	18. 1.	17. 1.
Weizen fest	—	—	—
de. Jan.	180 1/2	180 1/2	180 1/2
de. Juli	180 1/2	180 1/2	180 1/2
de. Hard Win. No. 2	145	149	149
de. Hard Win. No. 2	145	149	149
de. März	85	85	85
de. Mai	5.85	5.85	5.85
de. Juli	5.85	5.85	5.85
de. September	5.85	5.85	5.85
de. Oktober	5.85	5.85	5.85
de. November	5.85	5.85	5.85
de. Dezember	5.85	5.85	5.85
de. Januar	5.85	5.85	5.85
de. Februar	5.85	5.85	5.85
de. März	5.85	5.85	5.85
de. April	5.85	5.85	5.85
de. Mai	5.85	5.85	5.85
de. Juni	5.85	5.85	5.85
de. Juli	5.85	5.85	5.85
de. August	5.85	5.85	5.85
de. September	5.85	5.85	5.85
de. Oktober	5.85	5.85	5.85
de. November	5.85	5.85	5.85
de. Dezember	5.85	5.85	5.85
de. Januar	5.85	5.85	5.85
de. Februar	5.85	5.85	5.85
de. März	5.85	5.85	5.85
de. April	5.85	5.85	5.85
de. Mai	5.85	5.85	5.85
de. Juni	5.85	5.85	5.85
de. Juli	5.85	5.85	5.85
de. August	5.85	5.85	5.85
de. September	5.85	5.85	5.85
de. Oktober	5.85	5.85	5.85
de. November	5.85	5.85	5.85
de. Dezember	5.85	5.85	5.85
de. Januar	5.85	5.85	5.85
de. Februar	5.85	5.85	5.85
de. März	5.85	5.85	5.85
de. April	5.85	5.85	5.85
de. Mai	5.85	5.85	5.85
de. Juni	5.85	5.85	5.85
de. Juli	5.85	5.85	5.85
de. August	5.85	5.85	5.85
de. September	5.85	5.85	5.85
de. Oktober	5.85	5.85	5.85
de. November	5.85	5.85	5.85
de. Dezember	5.85	5.85	5.85
de. Januar	5.85	5.85	5.85
de. Februar	5.85	5.85	5.85
de. März	5.85	5.85	5.85
de. April	5.85	5.85	5.85
de. Mai	5.85	5.85	5.85
de. Juni	5.85	5.85	5.85
de. Juli	5.85	5.85	5.85
de. August	5.85	5.85	5.85
de. September	5.85	5.85	5.85
de. Oktober	5.85	5.85	5.85